



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 50.

Berlin, den 10. März 1918.

12. Jahrgang.

## Der Kampf um Niederbarnim.

Berlin, den 5. März 1918.

### Der weltgeschichtliche Hintergrund.

Am 14. März haben die Wähler Niederbarnims die Entscheidung zu treffen, ob ihr Reichstagswahlkreis eine entschieden und unabhängig sozialistische Vertretung behalten oder dem Kompromißlüchtigen und sozialpatriotischen Reformsozialismus ausgeliefert werden soll. Die bürgerlichen Kandidaturen kommen nur insoweit in Frage, als Fortschrittler, Nationalliberale und Konservative eine Heerschau über ihre unter den Arbeitermassen des Kreises nur dünn gesäten Anhänger veranstalten wollen, die als Reserven im Hintergrunde bleiben, um im Falle einer Stichwahl geschlossen für den Regierungssozialisten aufzumarschieren.

Die weltgeschichtlichen Begleitumstände geben dieser Wahl eine Bedeutung, die sie über den gewohnten Rahmen der früheren Parlamentswahlen heraushebt. Es kommt bei ihr nicht allein darauf an, ob die eine oder die andere sozialdemokratische Fraktion ein Mitglied mehr in ihren Reihen zählen kann, bei dieser Wahl hat vielmehr die Arbeiterklasse eine Stichprobe abzulegen, wie sie sich zu den wichtigsten Kriegs- und Friedensfragen stellt, wie sie ihre Gesichte nach Kriegsende gestalten, ob sie neue Kriegsgefahren und ungeheure Rüstungslasten auf sich nehmen, ob sie ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch in eine nebelgraue Zukunft verlegen will.

Im vierten Weltkriegsjahr geht die Niederbarnimer Ersatzwahl vor sich. Aber noch ist kein Ende des Völkermürgens abzusehen. Im Westen steht eine Offensive bevor, gegen die alle Schrecken der bisherigen Flandern-, Somme-, Aisne- und Verdunsschlachten verblasen werden. Ihr Verlauf und ihr Ausgang ruhen völlig im Dunkel. Im Osten aber ist ein Frieden zustande gekommen, der alles andere als ein Dauerfrieden ist, von einem demokratischen Frieden schon gar nicht zu reden. Auf die zum Frieden drängenden Kreise Frankreichs, Englands usw. muß der östliche Gewaltfrieden wirken wie ein kalter Wasserstrahl.

Was sagt der deutsche Arbeiter dazu? Die Wähler in Niederbarnim können am 14. März darauf die Antwort geben.

Die einzige Partei in Deutschland, die eine Politik des Gewaltfriedens unbedingt und bestimmt zurückweist, ist die Unabhängige Sozialdemokratie. Sie vertritt nach wie vor die Parole eines allgemeinen Friedens ohne Eroberungen, ohne Kriegsschädigungen, unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, weil nur dadurch ein dauernder Frieden, ein geistlicher Waren- und Kulturaustausch gewährleistet werden. Aber die Unabhängige Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei, sie weiß, daß ihre Forderungen nur dann Gewicht erhalten, wenn sie auch Gemeingut großer Arbeitermassen werden, Arbeitermassen, die jede Gelegenheit wahrnehmen, für ihre Forderungen, die dem Gedankeninhalt der Worte „Sozialismus und Demokratie“ entsprechen, einzutreten. Jetzt, nach der großen Bewegung des Januarstreiks, bietet sich in der Niederbarnimer Wahl wieder eine Gelegenheit, den Willen zu einem schnellen, allgemeinen und dauernden Frieden kundzugeben, zu einem Frieden, der den Völkern, vor allem aber der Arbeiterklasse und damit jedem einzelnen Arbeiter die Möglichkeit bietet, sich auf den Trümmern einer zerschlagenen Welt ein Dasein zu zimmern, in dem es sich lohnt, zu leben, ohne den Alpdruck kommender Kriegskatastrophen. Die Niederbarnimer Ar-

beiter und Wähler können diesen Willen kundtun durch die Abgabe ihrer Stimme für den Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Groß-Berliner Genossen und Genossinnen durch eifrige Mitarbeit bei der Wahl. Die Berliner Arbeiter haben am 14. März zu erweisen, ob sie mit der Gewaltpolitik nach außen und nach innen einverstanden sind, ob sie das Warten des verschärften Belagerungszustandes schon nach wenigen Wochen vergessen haben, ob sie dem klaren, konsequenten und zielsicheren Vorgehen der imperialistischen Gewalten nicht ein ebenso klares, konsequentes und zielsicheres Eintreten für ihre Arbeiterinteressen entgegenstellen wollen. Diese eiserne Zeit, in der alles hart auf hart geht, verlangt eine unzweideutige und ganze Entscheidung. Alle Halbheit ist von Uebel.

### Die Halben.

Der Regierungssozialismus redet viel von einem Verständigungsfrieden. Auch er hat sehr viel an dem Friedensvertrag mit Rußland auszusehen. Aber seine Worte entsprechen nicht seinen Taten. Er trägt vielmehr die volle politische und moralische Mitverantwortung für die Gestaltung der Dinge im Osten und für das Unwetter, das sich im Westen zusammenzieht. Allzulange hat seine Presse die Arbeiterschaft mit dem Märchen eingelullt, die Annexions- und Gewaltpolitiker seien in Deutschland eine ganz kleine, hoffnungslose Minderheit. Seine Parlamentarier und Zeitungsschreiber glaubten ohne aktive Mitwirkung der Arbeitermassen den imperialistischen Wildbeber stellen zu können und werden jetzt von ihm abgeschüttelt wie läppische Jagdhunde. Der Oberpriester der Gewaltpolitik, Graf Reventlow, sieht im Osten seine Blühträume reifen und hofft im Westen gleich ertragreiche Ernte. Der Regierungssozialismus aber hat weder mitgeholfen, daß der Säbel des Eroberers und die Feder des Geheimdiplomaten die Karte Europas ummodellieren. Seine Befenner sind auch Feuer und Flamme, daß das gleiche Experiment in Afrika usw. gemacht wird. Hat man sich doch auf dieser Seite schon für eine weitgehende Kolonialpolitik, für künftige Flotten- und andere Rüstungen ausgesprochen. Herr Wissell, der ein eifriger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, der „Glocke“, der „S. K.“ usw. ist, wird ja wissen, in welcher Gesellschaft er sich da befindet. Schrieben doch seine engeren Parteifreunde Cunow und Lensch: „Deutschland vertritt das Prinzip der Revolution“, was heute angesichts der deutschen Strafexpedition gegen die russische Revolution ganz besonders überzeugend wirkt.

Durch seine Theorie von der Landesverteidigung hat der Regierungssozialismus sich selbst die Hände gebunden. Er hat sich selbst und die Arbeiterschaft den imperialistischen Gewalten ausgeliefert. Mit jeder Kreditbewilligung hat er die moralische und politische Verantwortung für Weiterführung des Krieges auf sich genommen, er hat dadurch mit dazu beigetragen, daß es im Osten so kam, wie es gekommen ist. Alle kritischen Worte und Bedenken, die jetzt aus regierungssozialistischem Munde kommen, können diese Mitschuld nicht abwaschen. Durch ihre Zustimmung zum Ukraine-Frieden, der ja nur die Einleitung des östlichen Gewaltfriedens war, durch ihre wüste Volkshewitische usw. haben die Regierungssozialisten die Schachzüge der Geheimdiplomatie erleichtert. Ihr enges Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, die — siehe Erzberger, Scheidemanns

Blockbruder — den Gewaltfrieden im Osten höhnisch einen „Verständigungsfrieden“ nennen, erhält sie in allen ausschlaggebenden Hauptfragen der Reichspolitik in Abhängigkeit von der Regierung, mögen sie an Einzeldingen auch noch so viel herumrörgeln und herummäkeln. Der Regierungssozialismus klebt an den bürgerlichen Parteien, obwohl diese ihn in vielen wichtigen, vor allem die Arbeiterinteressen berührenden Fragen kläglich im Stiche gelassen haben, so der Frage auf Einberufung des Reichstags, auf Aufhebung des Belagerungszustandes, auf Haftentlassung Dittmanns, sowie überhaupt bei Beurteilung der letzten Streikbewegung, bei der ja die Arbeiterfeindschaft aller bürgerlichen Parteien und der Regierung handgreiflich zum Vorschein kam.

Bei einer Partei, die derartig in Abhängigkeit geraten ist, kann auch die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeiterinteressen bei ihr schlecht aufgehoben sind. Niemand kann zweien Herren dienen. In einer Zeit, in der der Imperialismus ganze Arbeit macht, heißt es auch mit Sozialismus und Demokratie ganze Arbeit machen, sonst kommt die Arbeiterklasse unter die Räder.

Diese Gefahr ist leider schon zu nahe gerückt. Aber der Regierungssozialismus macht keine Anstalten zur Einkehr und Umkehr. Im Gegenteil, er brüstet sich mit seinen Scheinerfolgen und spekuliert auf die Leichtgläubigkeit und Urteilslosigkeit der Arbeiter. Man braucht nur die Flugblätter der Wissellianer und die „Vorwärts“-Artikel zur Niederbarnimer Wahl zu lesen, um zu erkennen, wie stolz noch der Regierungssozialismus auf seine Halbheit ist.

Der Kandidat des Regierungssozialismus wird als eine sozialpolitische Kapazität gerühmt. Er mag auch die vielen Paragraphen der Krankenkassen- und Versicherungs- usw. Gesetze meisterhaft beherrschen und mustergültige Schriftsätze anfertigen können. Aber all das ist doch nur die Kleinwelt der Sozialpolitik, deren Wert und Bedeutung auch wir nicht unterschätzen. Aber die großen Probleme der Sozialpolitik stehen und fallen mit der Gesamtpolitik eines Volkes. Wie stellt sich da der Regierungssozialismus eine großzügige Sozialpolitik vor angesichts der Kriegsschulden, der kommenden Rüstungslasten, der Erfordernisse der auch von ihm erstrebten Kolonial- und Weltpolitik? Wie will er große sozialpolitische Forderungen durchdrücken gegen ein durch den Krieg übermächtig gewordenes Großkapital? Mit Halbheiten ist da nichts getan, noch viel weniger aber im Bündnis mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Wie gering sein Einfluß auf die Regierung und diese Parteien ist, beweist doch das Schicksal der Arbeitsschutzgesetze für Frauen und Jugendliche während des Krieges. Bei Kriegsbeginn wurden die Schutzbestimmungen aufgehoben. In zahlreichen Eingaben haben dann später Gewerkschaftsführer und Regierungssozialisten für Wiederherstellung des Schutzes für Arbeiterinnen und Jugendliche, der vor dem Kriege wahrlich noch nicht ideal war, petitioniert. Aber der vielgerühmte Einfluß des Regierungssozialismus hat es nicht vermocht, die bundesbrüderlichen bürgerlichen Parteien zu einem energischen Eintreten für diese wichtige sozialpolitische Maßnahme mitzureißen. Und so hat sich denn auch so gut wie nichts an dem Zustande geändert, es wird weiter Raubbau getrieben an der Arbeitskraft und Gesundheit der Frauen und Jugendlichen. Eine Sozialpolitik nach den Methoden des Regierungssozialismus wird im günstigsten Falle der kapita-

listischen Welt nur Almosen für die Arbeiterschaft abladen. Ihre großen sozialpolitischen Lebensfragen kann die Arbeiterklasse nur dann lösen, wenn sie deren Zusammenhang mit den heutigen Kriegs- und Friedensproblemen erkannt hat und bereit ist, für sie aus eigener Kraft auf den Plan zu treten. Die Unabhängige Sozialdemokratie geht auf dieser Bahn voran. Mögen die Niederbarnimer Arbeiter und Wähler am 14. März zeigen, daß sie sich nicht mehr durch Halbheiten, Verzweigungen und Illusionen einfangen lassen, sondern ganze proletarisch-sozialistische Arbeit haben wollen.

Ein Sieg des Regierungssozialismus am 14. März würde der Regierung des Belagerungszustandes und des Gewaltfriedens, würde den bürgerlich-kapitalistischen Parteien Freude machen. Ein Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie ist dagegen der Beweis für die Kraft und die Selbstständigkeit der Arbeiterklasse, eine Kundgebung für den Weltfrieden, ein hoffnungsvoller Auftakt für kommende größere Kämpfe.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 1. März schreibt unter dieser Ueberschrift:

### Immer ein Crost zur Hand.

Der „Vorwärts“ schließt seine Betrachtungen über das Friedensultimatum an Rußland mit folgenden Worten:

„Ob die Veränderungen im Osten auf Annexionen hinauslaufen werden, ist noch ungewiß, für Rußland aber gleichgültig. Wenn Deutschland geschlagen worden wäre und Ost- und Westpreußen und die Rheinprovinz hätte aufgeben müssen, so könnte es auch uns ziemlich gleich bleiben, ob diese abgetrennten Gebiete selbständig oder französisch geworden wären. Gerade dieses Beispiel aber bringt uns in Erinnerung, daß es schließlich nicht die einzige Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft im Kriege war und ist, Annexionen zu verhindern, die von deutscher Seite verübt wurden, sondern daß sie auch die Aufgabe hatte und hat, Annexionen auf Kosten Deutschlands zu verhindern. Die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist aber durch diese Doppelseitigkeit unendlich schwieriger und nahezu unlösbar geworden, und wenn wir aufrichtig genug sind, zu sagen, daß dieser Ausgang der Dinge im Osten ein Mißerfolg unserer Bestrebungen ist, so wollen wir gleich hinzufügen: denn noch ist dieser Mißerfolg nicht der schlimmste, der uns treffen könnte. Hätte uns das Schicksal wirklich nur die Wahl zwischen zwei Uebeln gelassen, so wäre das jetzt eingetretene das kleinere gegenüber dem, daß es Deutschland ergangen wäre wie Rußland.“

Gut patriotisch gedacht und billig getrübt!

### Gewerkschaftsführer und Annexionisten.

Die alldeutschen Annexionisten haben in den regierungssozialistischen Gewerkschaftsführern ihre besten Stützen. Mag Herr Scheidemann auch gelegentlich davon reden, daß seine Partei gegen gewalttätige Annexionen sei — die Gewerkschaftsführer lassen sich dadurch nicht stören, sie legen ihre Stimmungsmaße für Annexionen lustig fort. Und die regierungssozialistische Partei wagt es nicht, diese Leute deswegen zur Verantwortung zu ziehen. Die Gewerkschaftsführer preisen gerade in dieser Frage auf die vielberufene Parteidisziplin, ohne daß ihnen deswegen von ihrer Partei ein Haar gekrümmt wird. Im Gegenteil; sie sind so mächtig, daß sie auch bei der Niederbarnimer Reichstagswahl einen der ihrigen als Kandidaten durchzusetzen vermochten. Bei der Spandauer Reichstagswahl und bei der Landtagwahl für Westpreußen waren schon vorher beide-male Gewerkschaftsbeamte als regierungssozialistische Kandidaten aufgestellt worden. Anscheinend darf innerhalb der regierungssozialistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaftsführer überhaupt nichts mehr geschehen.

Die wirklichen Führer der Regierungssozialisten sind eine Clique von Gewerkschaftsbeamten, und deren Zentralorgan ist die „Internationale Korrespondenz“. Dieses Organ brachte am 28. Januar einen gegen Rußland gerichteten, von der annexionistischen Presse des Bürgerturns mit Begehrten nachgedruckten Aufsatz, der die bezeichnende Ueberschrift trug: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als national-liberaler Unsinn“. Es heißt darin in freudiger, daß es heller Wahnsinn sei, den Krieg um der Lösung von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker willen weiterzuführen. Was der Verfasser sich darin an Verdrehungsarbeiten leistet, kann in wenigen Sätzen überhaupt nicht charakterisiert werden. Als Redakteure dieser „Internationalen Korrespondenz“ nennen sich u. a. Dr. David, Konrad Gänisch, Paul Umbreit, August Winnig.

Wir wollen nicht leugnen, daß dieses Treiben selbst einigen Regierungssozialisten zu weit geht, die abhängige Dresdener „Volksmacht“ hatte erst kurz vorher (am 24. Januar) geschrieben, die Richtung der „Internationalen Korrespondenz“ finde immer weniger Beachtung, dagegen immer härtere Verachtung. Das ist zwar ein derber Tadel — aber trotz alledem wagt es bei den Regierungssozialisten niemand, den Annexionstreibern in ihren Reihen ernstlich an den Kragen zu gehen. Sie bleiben unbehellig.

Also im Osten ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker Unsinn. Am 5. Februar aber legt sich dieselbe „Internationale Korrespondenz“ für das

Selbstbestimmungsrecht der Völker im Westen ins Zeug. Sie berichtet, daß während des Krieges das flämische Nationalbewußtsein erwacht sei und die Volksmassen von der Liebe zum flämischen Volkstum ergriffen seien. Darum soll Belgien durch den Friedensvertrag halbiert werden in Flandern und Wallonien. Auch für den Zollanschluß Flanderns an Deutschland wird von der „Internationalen Korrespondenz“ verschämte Stimmung gemacht. Sie gibt zwar selbst zu, daß die Mehrheit der flämischen Arbeiter nicht hinter diesen Wunschen stehe, aber sie hält es in diesem Falle nicht mit der Mehrheit, sondern mit der Minderheit. Nach ihrer Logik muß hier das Selbstbestimmungsrecht offenbar von einer Minderheit ausgeht werden.

Die regierungssozialistische Frankfurter „Volksstimme“ nennt das, was sich in Belgien abspielt, in ihrer Nummer vom 8. Februar eine „Selbstbestimmungsomödie“; sie verlangt, daß die deutsche Regierung diesem Zwischenspiel ein schleuniges Ende bereite. Den Gewerkschaftsführern aber untersagt niemand ihre Tätigkeit als Kulturschleher bei diesem Spiel.

### Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

### Was wird aus der preussischen Wahlreform?

Von Heinrich Ströbel.

Das Schicksal der preussischen Wahlreform ist ungewisser denn je. Noch entzieht es sich jeder zuverlässigeren Berechnung, ob sie überhaupt zustande kommt oder am Ende genau so in die Brüche geht, wie ihre Vorgängerin vom Jahre 1910. Ebensovwenig sicher ist es, auf welcher Basis sie schließlich zustande kommt, ob der § 3 der Vorlage, der das gleiche Wahlrecht festlegt, schließlich unverändert angenommen wird, oder ob es nicht doch zuguterletzt zu einem Kompromiß auf der Grundlage eines Mehrstimmrechts kommt. Nur das eine steht fest, daß die Wahlreform mit oder ohne den § 3 der Regierungsvorlage nur die Vorpiegelung einer wirklich demokratischen Reform sein wird, da auch unter dem neuen Wahlrecht die preussische Reaktion das Heft fest in der Hand behält.

Einwollen hat die Mehrheit der Verfassungskommission den § 3 abgelehnt und an die Stelle des gleichen Wahlrechts ein Pluralwahlrecht gesetzt, das nach Alter, Kinderzahl, Einkommen, Besitz, Schulbildung und Arbeitgeber-Eigenschaft bis zu fünf Zusatzstimmen verleiht. Die Mehrheit war keine große, sie betrug nur 20 gegen 15 Stimmen und zeigte die Nationalliberalen in eine Mehrheit von vier Gegnern und zwei Anhängern des gleichen Wahlrechts gespalten. Daraus, sowie aus manchen inzwischen erfolgten Kundgebungen nationalliberaler Kreise könnte man schließen wollen, daß vielleicht schon die zweite Lesung der Kommission ein anderes Stimmenergebnis aufzuweisen dürfte. Oder daß zum mindesten das Plenum den Kommissionsantrag verwerfen und die Regierungsvorlage mit der Besetzung des gleichen Wahlrechts wieder herstellen werde. Doch bleiben solche Annahmen nichts als vage Mutmaßungen, da es „abzuwarten“ gilt, wieviel Nationalliberale im Augenblick der Entscheidung von der schwerindustriellen Gruppe abrücken und wieviel Freikonservative sich ihnen anschließen werden. Viel wichtiger aber ist vor allem die Haltung des Zentrums. Wohl hat es in der Kommission für das gleiche Wahlrecht gestimmt, allein sein Vorsitzender, Abg. Herold, hat vorher die Erklärung abgegeben, daß diese Abstimmung einstweilen nur einen informativischen Charakter trage und seinerzeit Bindung für den Teil seiner Partei bedeute, der sich, wie er schon bei der ersten Lesung im Plenum hervorgehoben habe, über seine Stellungnahme zum gleichen Wahlrecht noch nicht schlüssig geworden sei. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entscheidung dieses junkerlich-reaktionären Hais des Zentrums schließlich zugunsten des gleichen Wahlrechts ausfällt, so daß es sich nur fragt, wie stark schließlich diese vertikale Haisstruppe des agrarisch-schwerindustriellen Antipluralwahlrechtsblockes sein wird.

Natürlich wird die endgültige Entscheidung auch ganz wesentlich von der Energie abhängen, mit der

sich die Regierung für das gleiche Wahlrecht und die positive Verabschiedung der Vorlage einsetzt. Und da muß gesagt werden, daß sie es bis jetzt sehr an einer solchen Energie hat fehlen lassen. Nicht nur, daß sie allen Verschleppungsmanövern der Wahlrechtsgegner gegenüber bis jetzt eine unverwundlich lächelnde Resignation zeigte, die zur frühlichen Fortsetzung dieser Taktik förmlich aufreizen mußte, sondern sie verriet in der letzten Woche sogar auffällige Schwankungen, die den entflohenen Widerstand der Gegner des gleichen Wahlrechts aufs äußerste ermutigen mußten. Oder war es etwas anderes, als eine solche Ermutigung, wenn der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, auf die direkte und präzise Anfrage des Abg. Vohmann, ob die preussische Regierung auch ein nach Alter, Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht mit ihrem Grundsatze des gleichen Wahlrechts für vereinbar halte, nicht etwa mit einem glatten Nein antwortete, sondern mit der entgegenkommenden Bemerkung, daß er und der Minister des Innern für ihre Person die Entscheidung darüber nicht zu fällen vermöchten, sondern sie einer Entscheidung des gesamten Staatsministeriums vorbehalten müßten. Herr Dr. Friedberg behauptete dann allerdings in der über-nächsten Sitzung der Kommission, daß ihm irgendeine Konzession an die Wünsche des Abg. Vohmann ferngelegen habe, und daß das in der Öffentlichkeit entstandene „Mißverständnis“ auf die Irtrefflichkeit der Stellung der Presse zurückzuführen sei. Das war aber eine sehr wunderliche Bejähigung seiner befreundeten Haltung, denn die Presse hat ja zur Kommission gar keinen Zutritt und ist völlig auf die Information der Kommissionsmitglieder angewiesen. Ihre Berichte und ihre kritischen Glossen spiegeln deshalb nur den Eindruck wider, den Friedbergs Erklärung auf die Vertreter sämmtlicher Parteien gemacht hatte und machen mußte. Denn wenn der Vizepräsident des preussischen Ministeriums es für notwendig erklärt, daß das Gesamtministerium erst noch einmal förmlich darüber Beschluß faßt, ob die Regierung ein Pluralwahlrecht akzeptieren kann — werden dadurch nicht in der Tat alle früheren Ansehens in entscheidenden Festlegungen dieser Regierung auf das gleiche Wahlrecht ganz bedenklich entwertet und in Frage gestellt?

Nun hat freilich das Gesamtministerium erneut erklärt, daß ein Pluralwahlrecht, zumal ein solches, das Schulbildung und Besitz Zusatzstimmen gewährt, für die Regierung unannehmbar sei. Allein die schwankende Haltung Dr. Friedbergs hat nun einmal das Mißtrauen verstärkt und die Frage auf die Lippe gedrängt: bedeutet dies Unannehmbar ein „Nein und Nimmer“ oder nur ein „Noch nicht“? Jedenfalls ist in konservativen und nationalliberalen, wahrheitslieblich auch in Zentrumskreisen trotz des Neins des Gesamtministeriums die Hoffnung noch keineswegs geschwunden, schließlich doch die Regierung für ein Kompromiß zu gewinnen, bei dem vom gleichen Wahlrecht nicht mehr übrig bleibt.

Daß die Chancen für die unetingschränkte Durchsetzung des § 3 der Regierungsvorlage keine allzu glänzenden sind, vielmehr die Sehnsucht nach einem reaktionären Kompromiß innerhalb der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses noch immer sehr groß ist, erklärt sich schon aus der inzwischen bekannt gewordenen Tatsache, daß sich im Frühjahr 1917 die vier großen Parteien in Preußen bereits in vollster Eintracht und schäufster Seelenharmonie zu einem solchen Kompromiß zusammengefunden hatten. Und zwar hatten sich damals die vier Parteien, nämlich Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum, auf ein Pluralwahlrecht geeinigt, dessen Kriterien neben Alter und dem Familienstand auch Bildung, Besitz und Einkommen sein sollten, das sich also im wesentlichen mit dem konservativ-freikonservativen Pluralwahlrechtsantrag deckte, der am 20. Februar mit 20 gegen 15 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde. Es ist deshalb nur zu stark zu vermuten, daß mindestens ein Teil des Zentrums sich bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum seiner Unverschiedenheit an den konservativen Pluralwahlrechtsbestimmungen erinnern und in überquerender Liebe zu dem unholden Kinde hingezogen fühlen wird.

Die Presse beginnt sich ja denn auch bereits in allerhand Konjekturen darüber zu ergeben, was geschehen werde, wenn schließlich die Vorlage dennoch im Abgeordnetenhause an dem unüberwindlichen Gegenias zwischen Regierung und Mehrheit scheitern werde. Nach einer Erkundigung, die das „Berliner Tageblatt“ in freisinnigen Parlamentarierkreisen eingezogen hat, überwiegt dort die Ansicht, daß auch in diesem Falle die Regierung nicht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten werde. Eine solche Maßnahme komme schwerlich in Frage, da sich ja während des Krieges und der Abwesenheit der Mehrzahl der preussischen Wähler die Vornahme von Neuwahlen verbiete. Die Regierung werde sich deshalb im Konfliktfalle damit begnügen, das Abgeordnetenhause nach Erledigung des Etats sofort nach Hause zu schicken und „Latzustellen“.

Das wäre nun allerdings ein fürchterliches Strafgericht an der widerspenstigen Mehrheit! Da sich jetzt so, wie der deutsche Vormarsch im Osten beweist, die Dinge ganz nach den Herzen unserer Junker und Schwerindustriellen entwickeln bis auf weiteres der Imperialismus unumschränkter Herr der Situation ist, vermöchten die preussischen Junker die Realisierung des Abgeordnetenhauses mit aller Gelassenheit zu ertragen. Um so eher, als damit zugleich ihr Ziel erreicht wäre, die Verschleppung der Wahlreform bis zur Zeit nach dem Kriege. Wenn also die Regierung kein härteres Pressionsmittel in Bereitschaft hat, wenn sie nicht entschlossen ist, einfach das gleiche Wahlrecht für eine sofort zu wählende konstituierende Versammlung zu oktroyieren, so wird sie den preussischen Wahlrechtsgegnern nicht den mindesten Respekt einflößen. Aber hier, wo es sich um die Durchsetzung einer demokratischen Reform handelt, würden Regierung und Prone natürlich ein so zerbissenes Gewissen besitzen, daß sie ein solches Vorgehen weit von sich wiesen,

Lieber könnte man das preussische Volk noch ein Jahrzehnten oder zwei auf die Wahlreform warten lassen. Es bedarf ja nicht immer der Gewährung der Wahlrechte; manchmal dienen ja zur Bewichtigung murrender Massen auch Brot und Spiele. Brot hofft man aber demnächst aus der Ukraine hereinzuholen, und die glorreichen Expeditionen zur „Befreiung“ der russischen „Randländer“ erleben ja in der dramatischen Aufmachung der von längerer Beschäftigungslosigkeit nun glücklich erlösten Herren Kriegsberichterstatter die aufregenden Spiele!

Doch vielleicht ist das Abgeordnetenhaus auch in gnädigen Laune. Vielleicht stimmt es schließlich auch dem gleichen Wahlrecht zu, nachdem es alle Vorkehrungen getroffen hat, um nach menschlichem Ermessen jede Gefahr einer unangenehmen Benutzung des gleichen Wahlrechts abzuwenden. Denn schließlich kommt es ja nur auf die „Nennungen“ an, die man dem gleichen Wahlrecht bereitet. Daß man die Gewähr, daß diese Nennungen mit ausreichender Zuverlässigkeit funktionieren, so kann man der Regierung gern das Versprechen gönnen, dem Volke das prunkende Paradestück des § 3 zu präsentieren. Es ist ja dann ein mit Silberpapier überzogenes Pappschwert, das zur Waffe gegen die preussische Reaktion gänzlich untauglich ist. An diesen Nennungen arbeitet die Kommission denn auch eifrig weiter. Zu ihnen zählen die Wahlsicht, die man beschloffen hat, und der partielle Proporz, für den sich auch der Freisinn eingeseht hat. Dieser teilweise Proporz soll, genau so wie die entsprechenden Bestimmungen für das Reichstagswahlrecht, die entscheidende Opposition benachteiligen, hauptsächlich die Unabhängige Sozialdemokratie und, in Preußen, die Polen. Und da die Regierungsozialisten glauben, daß sie durch den Teilproporz hier und da ein großstädtisches Mandat erraffen könnten, das sonst den Unabhängigen zufiele, haben sie gegen das der gesamten Industriellen und großstädtischen Arbeiterschaft zugedachte Unrecht im Reiche nichts und auch in Preußen nur sehr wenig einzuwenden.

Was also aus der Wahlrechtsvorlage werden wird, die Demokratie und ihr Träger, das arbeitende Volk, werden in jedem Falle die Leidtragenden sein. Es wäre ja auch das erste Mal in der Geschichte, daß die Arbeiterklasse der Reichs- und parlamentarischer Schacher dem Volke zu ernsthaftem Fortschritt und wirklichen Freiheiten verholfen hätten.

### Ein Zuchthausurteil

#### wegen versuchten Landesverrats.

Der 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilten den 52 Jahre alten Gewerkschaftssekretär Bernhard Meute aus Dresden wegen versuchten Landesverrats und öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte hat als Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie am 12. August 1917 in Pirna vor meist jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Munitionsindustrie eine öffentliche Rede gehalten, in der er einen Streik der Rüstungsarbeiter empfohlen haben soll. Er hat dabei, wie das Gericht annahm, in dem Bewußtsein gehandelt, daß seine Aufforderung, wenn sie Erfolg gehabt hätte, die Kriegsmacht des Deutschen Reiches schädigen würde. — Die Frau eines Stadtverordneten ins Zuchthaus. Nach dem Berliner Tageblatt wurde die Frau des Stadtverordneten Lange in Eising wegen Beteiligung an Ausschreitungen und dabei begangener schwerer Diebstähle vom Kriegszustandsgesetz zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Aus den Gewerkschaften.

Gegen die Politik der Generalkommission nahm der außerordentliche Verbandstag der Kürschner Stellung. Mit 13 gegen 8 Stimmen nahm er folgenden, von Berlin gestellten, von Regge begründeten Antrag an: „Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen, daß er mit der Politik der Generalkommission und sonstigen Gewerkschaftsinstanzen, wie sie seit Kriegsausbruch geübt wird, nicht einverstanden ist.“

Die sogenannte Politik des 4. August schließt in sich die freiwillige Aufgabe der Lohnkämpfe sowie die Aufgabe jeder selbständigen Arbeiterpolitik, die einseitige Unterstützung und Förderung der Regierungspolitik, die ihren hauptsächlichsten Ausdruck in der militärischen Diktatur des Belagerungszustandes und der Zensur fand, der Haltung zum Hilfsdienstgesetz, den Gesundheitskündigungen gegenüber Regierung und Militärbehörden, als auch in letzter Zeit im Beitritt zum „Vollsbund für Freiheit und Vaterland“.

Diese Politik, die auf der Grundlage basiert, sich durch die einseitige nationale Haltung in der Arbeiterpolitik die Anerkennung der Regierung und herrschenden Klasse zu erwerben, hat dazu geführt, daß nicht nur die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 beeinflusst, wodurch der Zusammenbruch der Internationalen herbeigeführt, sondern auch durch das in die Arbeiterchaft gesäte Mißtrauen die Einheit der Arbeiterbewegung in Frage gestellt wurde.

Der Verbandstag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ganze Haltung der Politik der Gewerkschaftsinstanzen und fordert zur Rückkehr zu einer selbständigen Arbeiterpolitik auf.

Als Vertreter der Generalkommission suchte Cohen die Haltung der Generalkommission zu verteidigen, aber alle Mühe, über die Cohen verfügt zu machen, die er anwandte, um diese Politik schmackhaft zu machen, verfrügte nicht; er rutschte schließlich herunter. Er warnte, er drohte, alles half nichts.

Auch der Vorstand fiel gründlich hinein. Er halte dem Redakteur der Kürschner eine Zensur auferlegen wollen, ihm, dem Vorstand, die zu veröffentlichenden Artikel erst vorzulegen. Das ließ sich Regge nicht gefallen und der Verbandstag gab Regge recht. Regge wird das Blatt wieder weiter redigieren. Wieder

tauchte Cohen auf, um dem Vorsitzenden beizuspringen, obwohl das eine interne Sache der Kürschner war und Cohen gar nichts anging. Eine von ihm zusammengebrachte Entschädigung, die dem Vorsitzenden wieder auf die Beine helfen sollte, wurde aber durchschaut und abgelehnt. So hat auch dieser Durchhalter seinen Lohn dahin. Sein Freund Cohen konnte ihn nicht retten, riß ihn nur noch tiefer hinein. Wenn innerhalb der Gewerkschaften gut gearbeitet wird, wenn insbesondere die Organisationen mit mehr demokratischen Garantien ausgestattet werden, und das können die Mitglieder, und wenn außerdem für den richtigen Geist gesorgt wird, wird anderen Durchhaltern, die jetzt die Arbeiterbewegung versuchen, dasselbe Schicksal blühen können, wie es den Vorstand der Kürschner ereilt hat.

Aber die Mitglieder müssen stets auf dem Posten sein und dürfen nicht nachlassen. Sie haben es in der Hand, die Gewerkschaften zu dem zu machen, was sie sein sollen: Kampforganisationen auf dem Boden des Klassenkampfes.

**Metallarbeiter-Verband Mannheim.** In der am Sonntag, den 24. Februar im „Rodenstetter“ tagenden Delegierten-Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Mannheim, wurde unter anderem folgender Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen:

„Die am Sonntag, den 24. Februar 1918 tagende Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Mannheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes hält den Beschluß der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Deutschlands vom 24. Juli 1917 beizubehalten, die Nichtberücksichtigung von Abgeordneten der U. S. P. bei Beratungen und Beretirungen von Fragen, die die Arbeiterinteressen betreffen, nicht für richtig und erhebt Protest gegen diese einseitige Stellungnahme.“

Die Delegierten verlangen vom Vorstand, daß er bei der nächsten Gelegenheit von der Generalkommission verlangt, daß diese unbedingt den Beschluß ändert, und zwar dahingehend, daß den politischen Richtungen der im D. M. V. organisierten Mitglieder Rechnung getragen wird.

Sollte die Generalkommission sich weigern, dem Rechnung zu tragen, so sind unbedingt die Beiträge zu sperren.“

Ferner wurde ein Antrag auf sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages mit großer Mehrheit angenommen. Einstimmig wurde eine Resolution beschlossen, worin der Beitritt der Generalkommission zum „Bund für Freiheit und Vaterland“ auf das schärfste verurteilt wird. Der Hauptvorstand darf für diese Zwecke unter keinen Umständen Verbandsgelder hergeben. — Die Generalversammlung war von 103 Delegierten besucht.

### Aus der Bewegung.

**Brandenburg.** Trotz aller Schwierigkeiten geht unsere Bewegung vorwärts; alle Unterdrückungs- und Zerschneidungsversuche helfen nicht. Die „Brandenburger Zeitung“, die unter Barons Leitung noch objektiv war, segelt jetzt ganz im Sinne der Scheidemann- und Welschigen Richtung. Versammlungsankündigungen werden von der „Brandenburger Zeitung“ selbst im Inseratenteil abgelehnt. Lokalblätter sind anständiger als die Führer der Endwache.

Unsere Versammlung, in der Genosse Brandes sprechen sollte, konnte nicht stattfinden. Welch hartes Interesse dafür vorhanden war, beweist die Tatsache, daß in 3 Ausgabeheften 2400 Einladungen ausgegeben worden waren. Trotzdem marschiert unsere Sache. Der Wahlverein zählt nach der letzten Einziehung von 15 Mitgliedern noch heute 66 Mitglieder. Die Zahl ist im Steigen begriffen. Auch die Arbeiter in Brandenburg erkennen immer mehr die Wege, die sie gehen müssen, wenn sie ihre Klasseninteressen wahren wollen.

Die U. S. P. in der Pfalz. Unsere Bewegung macht auch vor den Grenzpfählen der Pfalz nicht halt, mochte auch dieser Bezirk seit langen Jahren als eine reaktionäre Hochburg betrachtet werden, in der eine grundhafteste, radikale Arbeiterpolitik keinen Boden finde. Von den sechs Wahlkreisen der Pfalz sind es ihrer drei, in denen die U. S. P. bereits ihr Banner gehißt. Voran marschiert der Wahlkreis Spener-Ludwigshafen, das Herz der pfälzischen Arbeiterbewegung und hochindustriellen Kreise. In Ludwigshafen-Stadt, wo unsere Organisation eine starke Mitgliedschaft aufweist, ist deren Zahl in letztem Steigen begriffen. Ebenso fest in Spener ein lebhaftes Tempo der Entwicklung ein, ferner in Frankenthal und Oppen. Auch Dagersheim und Orte des 1. pfälzischen Kreises machen Fortschritte. Im Wahlkreis Landau-Neubadt (2. pfälzischer Kreis) besitzen wir in Hagloch, der stärksten Parteifiliale des Kreises, eine feste Position. Die starke Mehrheit der dortigen Genossen hat ihren Übertritt zur U. S. P. vollzogen, unter ihnen fast der gesamte Vorstand und vier von fünf sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern. Ähnlich sind die Verhältnisse in der Pfalz. Die die Papier der Regierungsozialisten darob schlagen. Seit geraumer Zeit „Besatz witternd“, versuchten sie bereits vor dem Anschlag der Haglocher Genossen an die U. S. P. einen der führenden Genossen der dortigen Opposition als „außerhalb der Partei stehend“ zu erklären. Das Spiel schennten jedoch damals die Genossen am Orte ab. Nachdem der Übertritt zur U. S. P. vollzogen, verstanden die Abhängigen in der Pfälzer Post, daß dem Haglocher Bürgermeisterram Kenntnis gegeben werden soll von dem Ausschreiben der vier Gemeinderatsmitglieder aus ihren Reihen und daß sie (die Reg.-Soz.) die Verantwortung für deren Politik im Gemeinderat abgeben. Da haben die Reichen aber auch recht. Unsere Genossen würden sich auch höchstens dafür bedanken, mit der Politik jener Herrschaften auf eine Stufe gestellt zu werden.

Im Kreise Zweibrücken-Virmasens (4. pfälz.) hat unsere Bewegung ebenfalls mit gutem Erfolg eingesetzt. Im bedeutendsten Parteiorde dieses Kreises, in Virmasens, umfaßt unsere Mitgliedschaft heute bereits die Mehrheit des noch am Orte vorhandenen Partei-

mitgliedes. Nach Virmasens folgt St. Ingbert, wo kürzlich eine Filiale der U. S. P. errichtet wurde, die bereits ebenfalls die Mehrheit der Genossen umfaßt. Unsere Pfälzer Genossen sind rüstig an der Arbeit, um die Bewegung weiter vorwärts zu bringen, unserer Organisation in weiteren Orten und Kreisen Eingang zu verschaffen. Wir zweifeln nicht daran, daß es gelingt. Komisch muen die Bemühungen der Regierungsozialisten an, ihre Mitglieder beisammen zu halten. Ihr Bezirkssekretär Probst sagt vergebens hinter den Rückenstüchlingen her, um sie bei der Stange zu halten. Unsonst! Kostbar ist der „Stadtkreis“, den man unserem Ludwigshafener Vorsitzenden widmet (Zirkular des Pfälzer Gauvorstandes der Abhängigen vom Januar d. J.). Darin werden die Mitglieder aller Ortsgruppen vor unserem Genossen, der früher im Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei mitgewirkt, gewarnt und angehalten, ihn ja nicht in ihren Ortsgruppen sprechen zu lassen. Die Herrschaften mögen sich beruhigen. Die U. S. P. und ihre Redner, so auch unser Ludwigshafener Vorsitzender, werden ihren Weg in die einzelnen Orte schon allein finden. Dazu bedarf es wirklich einer Einladung der Abhängigen nicht. Unsere Bewegung marschiert. Damit müssen sich auch die Herren vom Gauvorstand wie andere Häuptlinge der Abhängigen wohl oder übel abfinden.

Aus dem 18. sächsischen Kreise. Die Ortsgruppe Crimmitschau veranstaltete am Sonnabend, den 22. Februar, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die politische Situation und die Aufgabe des Proletariats“. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Gen. Säckel, entledigte sich seiner Aufgabe in einer zweistündigen glänzenden Rede. Der starke Beifall der Versammelten sowie eine große Zahl von Anmeldungen zu unserer Partei zeigten, daß die ankert stark besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten, sowie mit der Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie einverstanden ist. Die Versammlung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Crimmitschauer Arbeiterschaft auf Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie steht. Das „Vollsbund“ bemüht sich nun, die ihr noch Verbliebenen unter dem Ruf nach Einigkeit zu sammeln. Die Zahl der jenen verbliebenen Mitglieder ist verschwindend, sie rekrutieren sich aus Angehörigen der Christenvereine und der hiesigen Genossenschaft. Diese kleine Gruppe versucht nun, die sich vollziehende Einigkeit der Arbeiterschaft von Crimmitschau zu verhindern. So versuchten sie es vor einigen Tagen unter großem Aufwande von Plakaten, eine „Masseversammlung“ zustande zu bringen. Als Referent, der Jugkraft ausbilden sollte, auf die in Crimmitschau hauptsächlich vorhandene Textilarbeiterchaft, hatten sie sich den Redaktor des „Textilarbeiter“, R. K. K. K., aus Berlin kommen lassen. Der Erfolg war, daß sich kaum 70 Personen, darunter noch einige Bürgerliche, eingefunden hatten, die neue Lehre der „Umgekehrten“ aus dem Munde des Herrn Präbys zu hören. Nicht betrübte Gesichter über die Leere des Saales konnte man beobachten. So endete die erste Aktion dieser Leute im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Das sonst so geschwäzige Organ, das Zwidauer „Vollsbund“, ist den Lesern den Verzicht über den Verlauf der Versammlung heute noch schuldig!

Amberg. Am 22. Februar fand hier eine Versammlung statt, in welcher Genosse Bauer über das Thema „Die Politik der Sozialdemokratie im Kriege“ referierte. Seine Ausführungen wurden mit höchstem Beifall begleitet und mit Enthusiasmus nahmen die Versammelten von dem Treiben der Abhängigen Kenntnis. Die Anwesenden schlossen sich der Partei an und beschlossen einstimmig, eine Ortsgruppe der U. S. P. zu gründen. Eine hässliche Anzahl der Genossen haben sofort Anteilnahme zum Pressefonds erworben.

Stettin. Am Freitag voriger Woche war es seit langer Zeit wieder möglich, eine Versammlung abzuhalten. Reichstagsabgeordneter Albrecht-Halle hielt in der überaus stark besuchten Versammlung einen Vortrag über „Reichstag und politische Lage“ und erzielte dafür allgemeines starkes Beifall. Das Parteileben in Stettin, wie auch in der übrigen Provinz Pommern nimmt trotz aller Nachwirkungen und politischen Beschränkungen weiter lebhaften Aufschwung. In Stettin zählt die weitaus größte Menge der organisierten Genossen zur Unabhängigen Partei.

Spremberg. Der unabhängige sozialdemokratische Wahlverein hielt am 22. Februar eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die einen zufriedenstellenden, normalen Verlauf nahm. Eine Resolution, die sich mit der Kriegs- und Friedenspolitik der U. S. P. völlig einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. — Einem Stadtverordneten der abhängigen sozialdemokratischen Richtung, der das Vertrauen seiner Wähler restlos eingeholt hat, und der nun in der Diskussion in überaus konsequenter Weise die verantwortliche Rolle der Harmonie und Einigkeit maßstabierte, bereitete der Referent, Abg. Kunert, in der Umgebung die wohlverdiente, gründliche Kritik. Der eingeladene Abg. Siebel glänzte durch Abwesenheit. — Zweifelloß hat Spremberg in die Reihen der Abhängigen eine tiefe Wunde geschlagen, die bei dem geschäftlichen Spremberger Parteileben von Tag zu Tag im ganzen Reichstagswahlkreise erweitert wird. Was Spremberg für diesen Wahlkreis ist, das bedeuten unsere Ludenwälder unabhängigen Pioniere für den Reichstagswahlkreis Jand-Belzig-Fäterbog. Auch hier ist ein ernstes und erfolgreiches Vorgehen unserer politischen Freunde bemerkbar. Wäre Wetter und Wind gleichwärtiger verteilt, könnten wir uns schwerer weiter in das brandenburgische Gebiet eindringen.

Die U. S. P. in Rassel und Hann-Münden war zum ersten Male in der Lage, eine öffentliche Versammlung abhalten zu können. Der Besuch war ein guter. In Rassel waren 600 Besucher in der „Stadt-Verdau“ versammelt. Genosse Hüttmann, der Stadtverordnete des Rassel, referierte über „Die Stellung der U. S. P. zu Krieg und Frieden“. Seine Dar-

legungen fanden begeisterte Zustimmung. Wegner meldeten sich in der Versammlung nicht. Dafür rüchert sich das Kaffeler „Volkshaus“ (Organ der Regierungsverwaltung) in seiner letzten Montagnummer, um u. a. folgendes zum Besten zu geben: „Der unmittelbare Grund der Versammlung war, den Unabhängigen möglichst viel neue Anhänger zuzuführen und der alten sozialdemokratischen Partei nach Kräften das Wasser abzugraben. Beide Zwecke mißlingen. Nur wenige der Versammelten ließen sich von den unabhängigen Werbern überreden.“

Das „Volkshaus“ hat insofern recht, als es einer besonderen Ueberredung nicht bedurfte, um eine große Zahl der Erschienenen zum Beitritt zur U. S. P. zu bewegen. Freiwillig, freudigen Herzens meldete eine stattliche Zahl ihre Mitgliedschaft im Laufe der Versammlung an. Unsere Kaffeler Organisation, die sich seit Monaten in ihrem Fortschreiten bewegt, hat durch die Versammlung und deren prächtigen Verlauf eine neue Stärkung erfahren. — Die Versammlung in Hann.-Münden, wo ebenfalls Hüttmann sprach, nahm den gleichen befriedigenden Verlauf. Starke Besuch und prächtige Stimmung gaben der Versammlung ihr Gepräge. Hüttmanns Ausführungen wurden hier von lebhaftem Beifall unterstrichen. Die unmittelbare Wirkung kam auch hier in der Aufnahme einer größeren Zahl neuer Mitglieder zum Ausdruck. Damit ist für die noch junge Organisation der U. S. P. am Orte ein festes Fundament gegeben.

Der Fortschritt in beiden Versammlungen wird unseren Genossen in Kassel wie Hann.-Münden ein Ansporn zur weiteren erfolgreichen Arbeit für unsere Bewegung sein.

### Groß-Berliner Chronik.

Die Feuerungsbedingungen für die Bürohilfskräfte spielen in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Rolle. Die Tatsache, daß die Beamten und Angestellten mit einer besonderen Feuerungszulage bedacht, die Hilfskräfte aber ausgeschlossen wurden, hat unter den Beteiligten lebhaften Unwillen hervorgerufen. Viele Petitionen zeugen davon. Von den Rednern der Unabhängigen wie der Unabhängigen wurde die große Ungerechtheit scharf getadelt, die in diesem Verfahren liegt. Schon vor sechs Wochen hatte die unabhängige sozialdemokratische Fraktion Anträge nach dieser Richtung hin eingebracht, die aber abgelehnt wurden, obwohl diese Hilfskräfte ohnehin sehr schlecht bezahlt werden. Diesmal gingen die Anträge einem Ausschusse zur Vorberatung zu. Der Magistrat weicht sich sehr ungeduldig.

Schleichen in der Kleiderverwertungsgesellschaft kamen dieser Tage gelegentlich einer Klage vor dem Gewerbegericht an das Tageslicht. Es kam heraus, daß Angestellte sich von Käufern bösen Schmierens lassen und „Trinkgelder“ in beträchtlicher Höhe eingeholt hatten. Hoch und niedrig hatte sich bereichert. Man munkelte schon lange, daß es da nicht mit rechten Dingen zugehe und daß derjenige, der gute Beziehungen zu Angestellten hatte, gut und billig bedient wurde. Man inschelte es sich in die Ohren, daß Angestellte eines anderen Betriebes in demselben Hause die besten Sachen bekämen. Da sollte doch einmal mit eisernem Besen ausgefegt werden.

Ein nettes Stückchen hat sich kürzlich Herr Otto Urban vom Hauptbüro des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften geteilt. Dieser Mann, der als unabhämlich reklamiert ist, hat auf Grund einer im Büro vorgenommenen Hausdurchsuchung einem Vorstandsmittglied und einer Angestellten den „Beschl“ erteilt, daß Angestellte nur dann im Büro Besuch empfangen dürfen, wenn dieser dem hohen Vorstandsgewaltigen vorher angemeldet ist und er seine gnädige Erlaubnis erteilt hat. Ist es nicht der Zentralverband der Handlungsgesellschaften, dessen Vorsitzender Herr Otto Urban ist, der so fordert: Unkündliche Behandlung und persönliche Freiheit für die Angestellten — im Privatbetrieb? Und dann: Wer hat Herrn Urban die Erlaubnis erteilt zur Bekämpfung seiner Paschagelüste? Was sagen seine Vorstandskollegen und was die Mitglieder? Herr Urban liefert den klaren Beweis, daß er für die Bedingungen der Angestelltenbewegung nicht das geringste Verständnis hat. Und es etwas in obendrein Vorsitzender.

Der „Vorwärts“ läßt sich seine Reklame etwas kosten. Von Zeit zu Zeit prangen an den Pflanzsäulen große Plakate, in denen das „einzige Arbeiterblatt Vorwärts“ in der widerlichen Weise angepriesen wird. Seit in der vorigen Woche war an den Säulen eine solche Reklame zu lesen, in der auf die bevorstehende Aube Scheidemanns hingewiesen wurde. Gegen Reklame ist an sich nichts zu sagen. Nun wird aber aus den Kreisen der Zeitungshändler bittere Klage darüber geführt, daß der „Vorwärts“ wohl viel Geld für Reklame übrig habe, daß er aber die Zeitungshändler in der miserabelsten Weise bezahle. Die Händler, die schon in aller Frühe sich vor den Fabriken aufstellen mühten, erhielten pro Exemplar 4 Pf., außerdem seien ihnen 25 Freixemplare gegeben worden. Andere Händler, wie „Tageblatt“, geben den Händlern, die am Abend händeln, pro Exemplar 5 Pf. und außerdem 5 Pf. pro Woche frei. Dabei würden die Händler in der Krankenkasse versichert, während der „Vorwärts“ sich davon freizgedrückt habe. Auch über die Behandlung der Händler in der Hauptexpedition würde seit Jahren geklagt, wie Bettler würden sie behandelt.

Familientragödien und Eingriffe sind jehbauer Tagesordnung. Im Hause Preussener Allee 139 wurde eine in Schwelmer lebende 39 Jahre alte Frau Wils mit ihrem 20 Jahre alten Geliebten, der Abtob nehmen wollte, tot aufgefunden. Im Hause Althoderkroße 21 erschloß der Beamtenhelfer

Blank seine Frau, sein 9 Monate altes Kind und seine Schwiegermutter. Er tötete sich dann selbst. Streit mit der Frau und der Schwiegermutter war vorhergegangen. Ein Gerichtsaktuar schoß in Erlangen auf die Tochter eines Gerichtsvollziehers; er war 21 Jahre, sie 18 Jahre. — Ein großer Raub wurde auf dem Schießschen Bahnhof verübt. Der Räuber wurde mißhandelt und gefnebelt. Für 80 000 Mark Zigarren und Stoffe wurden gestohlen. Die Räuber sind verhaftet. — In Karlsruhe erschossen Einbrecher den Lehrer Thleme. Der Schwiegerohn Glienide wurde schwer verletzt. Die Räubereien sind bei uns an der Tagesordnung, genau wie anderswo.

Bucherprozesse spielen sich tagtäglich vor den Gerichten ab. Wenn alle Bucherer gefaßt würden, würden die Richter nicht ausreichen.

Als Schüsse gab am Sonntag abend ein Gefreiter auf einen Deserteur ab, den er mit einem Landsturmman nach dem Polizeipräsidium bringen sollte. Im Gedränge des von zahlreichen Passanten belebten Alexanderplatzes entfloß der Deserteur. Der Gefreite feuerte ihm acht Schüsse nach, verwundete ihn und traf außerdem einen vierjährigen Knaben so schwer, daß dieser im Krankenhaus starb. Der Getöte ist das einzige Kind seiner Eltern. Der Vater, ein Zuschneider Grapuls, ist als Soldat im Bekleidungsamt tätig und befand sich mit dem Knaben auf dem Wege zum Bahnhof.

Bei einem Brandunglück ums Leben gekommen sind mit einem Schläge drei junge Menschenleben. Im Hause Noßstraße 5 befindet sich im Dachgeschloß das Feuerwerks- und Spielwarengeschäft von Müller. Feuerwerkskörper kamen zur Explosion, es entstand ein größerer Brand. Drei junge, im Geschäft tätige Mädchen fanden dabei den Flammentod; sie wurden verstoßt aufgefunden.

Gegen die Kinder der Streiker wird in Döpreußen ständig mobil gemacht. Wie das von Frauen ostpreussischer Ostbesitzer geschieht, das beweist ein Brief, den eine solche Frau an eine Frau in Borsigwalde gerichtet hat und der folgenden Inhalt hat:

„Gut Treup, 17. Februar 1918.

Meine liebe Frau!

Wir haben hier alle beschlossen, keine Kinder aus den Streikgebieten zu nehmen. Wir haben Krankenschwestern, Pflegerinnen aus den Lazaretten und Kinder wenig bezahlter kleiner Beamten (Bahn, Post) um zu nehmen beschlossen, wenigstens angefordert. Gerade Wittenau und Borsigwalde haben sich bei dem Streik hervorgetan. Das ist der Dank der Eltern, nachdem wir im vergangenen Jahre ihre Kinder gepflegt haben, sich gegen unser Vaterland, dies zu verraten, unser Kaiserhaus stürzen zu wollen und mit unsern Feinden zu gehen, denn auf das Geheiß der Russen, Engländer und Franzosen haben sich diese revolutionären Szenen in Bewegung gesetzt, also nicht mit unserem Vaterland, sondern mit unseren Feinden gegen uns. Täglich sollten wir wieder die Kinder aus den Gebieten pflegen, damit solche Eltern aus die Verräterei ins Gesicht schleudern, da würden wir wohl keinen Funken Ehrgefühl und Vaterlandsliebe besitzen. Sie und viele andere werden mir sagen wollen, mein Mann ist nicht dabei gewesen, nun gut, mag sein, aber einer für alle und alle für einen. Solche Sachen und Menschen gehören nicht zum deutschen Volk. Wir müssen fest zusammenstehen in dieser ernsten Zeit. Wer sich ausscheldet, mag auch allein gehen.

Helene Stedmann.

Dieser Brief ist ganz im Stile der Vaterlandspartei geschrieben. Er atmet auch echt christliche Aufassung! Daß ein Vater dieser Kinder an der Front stehen und auch die Interessen dieser Herrschaften schützen heißen könnte, kümmert sie nicht weiter.

### Zur Beachtung!

Freiwillige Beiträge zur Linderung der Not der Familien der Inhaftierten und Verurteilten sind in zahlreichen Betrieben von Arbeitern und Arbeiterinnen zusammengestellt worden. Es sollen die Frauen und Kinder, die den Ernährer auf längere Zeit entbehren müssen, vor der äußersten Not bewahrt werden, es soll verhindert werden, daß sie der Armenpflege anheimfallen.

Leider wird versucht, in einigen Betrieben diesen löblichen Zweck zu beeinträchtigen, indem den Arbeitern und Arbeiterinnen Listen vorgelegt werden für die sozialdemokratische Partei. Wer für seine Partei Beiträge leisten will, dem ist das unbenommen. Wogegen aber Einspruch erhoben werden muß, ist das Bestreben, die so nötige Hilfeleistung für die notleidenden Familien durch diese Sonderammlung zu beeinträchtigen. Parteifragen müssen bei dieser Hilfsaktion in den Hintergrund treten.

Es handelt sich um nichts anderes, als um die äußerste Not zu lindern. Ob dabei der Einzelne politisch oder gewerkschaftlich organisiert war und wo, bleibt außer Betracht. Nur Notleidende sollte man kennen und helfen. Die aufgetragenen freiwilligen Mittel werden von einem besonderen Komitee verteilt und zwar ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis. Das Komitee kennt nur die eine Pflicht, zu helfen, wo Hilfe nötig ist. Und die ist sehr, sehr nötig.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 10. März, abends 8 Uhr, wird Genossin Käthe Dunkel in dem Vortragsgesellschaft über Erziehungsfragen das Thema: Spiel und Arbeit behandeln. Eintrittspreis 20 Pf.

Dienstag, den 12. März, wird in dem Kursus über Völkerrecht das Thema: Das Schiedswesen im Völkerrecht und das Werk vom Haag behandelt werden. Falls Genosse Eduard Bernstein noch krank ist, wird wieder Genosse Karl Lautky sprechen.

Der Kursus des Genossen Ernst Däumig über Rußland muß am Donnerstag, den 14. März, wegen der Wahl in Niederbarnim ausfallen. Er nimmt Donnerstag, den 21. März, seinen Fortgang.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 10. März, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neuhölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei O. Pamp; „Freireligiöse Vorträge“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. Paul Krusche: „Der Mensch vor 100 000 Jahren.“ — Gäste willkommen.

### Quittung.

Vom 1. bis zum 28. Februar 1918 gingen für die Unabhängige sozialdemokratische Partei bei der Unterzeichneten ein: B. G., Berlin 200 Mk. Durch J. von Sch. 80 Mk. Durch J. von Martha 5 Mk. Durch J. von Hedwig 5 Mk. Vom 6. Berl. Wahlkreis, 2. Quartal 834,08 Mk., 8. Quartal 1125,80 Mk. Von Mottern 23,12 Mk. Hannover 4,80 Mk. Breslau 80,40 Mk. Brandenburg 46 Mk. Döhlen/Dresden 184,10 Mk. Danzig 105 Mk. Kontozahlung Remscheid 1000 Mk. Spremberg 89,14 Mk. Spandau 212,06 Mk. Vom 4. Wahlkreis 1869,50 Mk. Restzahlung Remscheid 124 Mk. Vom 8. sächs. Wahlkreis 105 Mk. Von L. Remscheid 5 Mk. Arbeiter bei Hiedatz 41,60 Mk. Basche-Rathenow 5 Mk. O. Friedrichshagen 7 Mk. R. R. 20 Mk. Barmen, 10. Bezirk, J. R. 10 Mk. Sommerda 5 Mk. Aus Breslau durch J. R. 86,80 Mk. L. Falkenberg-Breslau 8 Mk. Monarchie 2 Mk. „Munition für den Frieden“, Erfurt, durch Wegold 1. Rate 800 Mk. Dr. A. Schöner 5 Mk. Von J. aus Passau 1 Mk. Von Vogtberg für Broschüren 833,00 Mk. Von Voß, Betrag einer Sammlung in Th., 1. Rate, 800 Mk. Von Langensalza 8,50 Mk. 2. Rate der Sammlung „Munition für den Frieden“ durch Wegold 600 Mk. Von Voß, 2. Rate 800 Mk. für den Wahlkampf Niederbarnim 10 Mk. Gr. Gessle-Stettin 458,30 Mk.

Luise Bieg,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr. (Postfachkonto 32287.)

Für die Familien der Inhaftierten und Verurteilten gingen beim Unterzeichneten folgende freiwillige Beiträge ein: Aus Biella 20 Mk. Von den Kollegen der Maschinenbau-U. G. vorm. Schwarzloppf, Scheringstraße, Abt. Torpedo-Dreherei 43 Mk. 2. Kreis, 2. Rate 1522,60 Mk., darunter Autogewerke 1. Rate 275,60 Mk., 2. Rate 247 Mk. Schneiderei-Genossenschafts-Hoffnung, Instandsetzungs-Werkstatt, aus der Werkstattkasse 60 Mk. Von den Kollegen und Kolleginnen der Instandsetzungs-Werkstatt, Schneiderei-Genossenschafts-Hoffnung, 1. Rate 38,80 Mk. Von J. A. 5 Mk. Von Arbeitern der D. W. F. Wittenau, 1. Rate 1008,10 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fischer, Königsstraße, 8. Rate 48,50 Mk. L. S., Berlin 3 Mk. Arbeiter der Telefonsabrik E. Zwigusch, Abt. 694c, 697 und 698 68,80 Mk. Auf Liste 493 52,45 Mk. Liste 421 82,80 Mk. Braukwebe-Vielefeld, von Berliner Metallarbeitern 80 Mk.

Richard Herbst, Schillerstr. 6.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallen Genossen!

#### 3. Wahlkreis.

Am 30. November 1917 wurde unser Mitglied der Buchbinder

#### Otto Wolf

4. Abteilung

ein Opfer des Weltkrieges.

Ehre seinem Andenken!

### Nachruf.

#### Wahlverein Neuhölln.

Am 27. Februar verstarb an Lungenentzündung unser Genosse

#### Arthur Fölber

Kaiser Friedrichstr. 60, 6. Bezirk.

Am 25. Februar verschied unser Genosse

#### Hermann Liebich

Ockerstr. 6, 16. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

## Niederbarnim.

### Zahlabend am Dienstag.

Die Genossen der Kreise, mit Ausnahme des 4. Kreises, halten am nächsten Dienstag ihre Zahlabende ab, um die Vorbereitungen zur Wahlhilfe in Niederbarnim für Donnerstag, den 14. März, zu treffen. Hilfe ist dringend erforderlich. Wer es irgend kann, stelle sich am Wahltage unseren Genossen in Niederbarnim zur Verfügung.

### Feine Verdrehungen

oder

### Bebel und die Kreditbewilliger.

In einem Wahlflugblatt der Abhängigen wird wieder einmal die Frage der Landesverteidigung angeschnitten und behauptet, daß alle die großen Männer der deutschen Sozialdemokratie, die Engels und Lassalle, Liebknecht und Bebel, Auer und v. Bockmar immer von neuem die Pflicht der Landesverteidigung als selbstverständlich für die deutsche Sozialdemokratie erklärt haben. Zwei Äußerungen von Bebel, die ja oft genug schon zitiert worden sind, müssen zum hundertsten Male herhalten, um den Verteidigungswillen der deutschen Sozialdemokratie kundzutun.

Damit glaubt man beweisen zu können, daß diese Männer, daß vor allem Bebel und Liebknecht für die Kreditbewilligung sein würden, daß sie heute dort halten würden, wo die Scheidemänner stehen, daß ihre Anschauungen sich in schroffem Gegensatz zu denen der Unabhängigen Sozialdemokratie befänden.

Ein sonderbares Beginnen! Sonderbar nicht nur, sondern frevelhaft und der Wahrheit direkt widersprechend! Wir wollen nicht darüber streiten, wie Bebel am Tage des 4. August 1914 gehandelt haben würde. Möglich, daß auch er in dem Wust einander widersprechender Nachrichten sich nicht zurechtgefunden hätte, möglich, daß auch er am 4. August selbst für die Kreditbewilligung eingetreten wäre. Das können wir heute nicht und das kann niemand zweifelsfrei feststellen. Aber niemals würde sich Bebel und würden die andern sich dazu hergegeben haben, einer Regierung Kredite zu bewilligen, deren Eroberungswille feststand. Einer Regierung, die nicht klar heraus sagte, daß sie Belgien die volle Unabhängigkeit zurückgeben werde, die nicht vor aller Öffentlichkeit versicherte, daß sie keinerlei Machtzuwachs auf Kosten fremder Völker erstrebe, würden Bebel und Liebknecht nicht eine Minute lang unterstützt haben. Wieviel weniger eine Regierung, die einen Beutefeldzug nach den Ostseeprovinzen unternahm, die der Ukraine und Rußland einen Machtfrieden diktierte und die sich anschickte, auch Finnland zu „befreien“.

Es ist wahrlich ein starkes Stück, Bebel und Liebknecht als Kronzeugen für die Politik der Scheidemänner anzurufen, von der in der letzten Zeit selbst die österreichische Mehrheitspartei sehr wenig erbaut ist und zu deren „Friedens“betrachtungen die „Wiener Arbeiterzeitung“ nur den kurzen, aber treffenden Ausspruch hinzufügt: „Gut patriotisch gedacht und billig getröstet!“

Erinnern wir uns doch daran, wie Bebel und Liebknecht sich im Kriege von 1870/71 verhielten, der in bezug auf Eroberungsgelüste der herrschenden Klassen sich in keiner Weise mit dem Weltkrieg von heute vergleichen läßt. Am 19. Juli 1870 bewilligte der norddeutsche Reichstag in einer außerordentlichen Session die geforderte Kriegsanleihe. Bebel und Liebknecht enthielten sich der Stimme, „weil sie weder der preussischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den Krieg von 1870 vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten“. Es kam in der Partei zu heftigen Konflikten wegen der Haltung zum Kriege. Sobald jedoch bekannt wurde, daß die Bourgeoisie die Annexion Elsaß-Lothringens anstrebte, vollzog sich eine Aenderung in der Partei. Der Braun-

schweiger Ausschuß rief die deutschen Arbeiter zu Massentkundgebungen gegen die Annexion Elsaß-Lothringens auf, die Verfasser dieses Manifestes wurden verhaftet und in Ketten nach einer Festung an der russischen Grenze geschleppt.

Am 24. November wurde in der Thronrede die Annexion von Elsaß-Lothringen als Ziel des Krieges verkündet. „Liebknecht und Bebel brachten dazu den Verbesserungsantrag ein, daß der Reichstag die Anleihe verweigern und den Bundeskanzler auffordern solle, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen“. Desgleichen stimmten sie gegen die Versailler Verträge. (Nachzulesen in: Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 4, Kapitel 1.)

So standen Bebel und Liebknecht im Jahre 1870, zu einer Zeit, wo es wahrhaftig mehr bedeutete, in der Opposition gegen die Regierung zu stehen, als heute. Und nun kommt Herr Wissell und versucht uns glauben zu machen, daß seine Partei das Erbe Bebels bewahre, daß sie seine Politik fortführe! Wahrlich, ein kühnes Unterfangen! Aber die Arbeiterschaft Niederbarnims wird sich durch solche Verdrehungen und Unwahrhaftigkeiten nicht einfangen lassen. Heute handelt es sich um die Frage: Führen wir einen Verteidigungskrieg oder gehen die Regierung und die Bourgeoisie auf Eroberungen aus. Und da nach den jüngsten Ereignissen im Osten, nach dem Bekanntwerden der Rußland aufgezwungenen Friedensbedingungen ganz allgemein und offen von dem „deutschen Sieg“ und von dem deutschen Machtfrieden im Osten gesprochen wird, kann auch ein gänzlich Unerfahrener in der Politik nicht mehr behaupten, daß Deutschland im Osten einen Verteidigungskrieg geführt habe.

Trotzdem stimmte die Partei des Herrn Wissell für die Kredite, die der Regierung die Mittel zur Fortsetzung des Krieges geben; stimmte sie für den Ukrainefrieden, der ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, geht sie weiter Hand in Hand mit den Parteien, die die Eroberungspolitik der Regierung ausdrücklich billigen und gutheißen.

Damit krönen sie ihre Politik der Abdankung der sozialdemokratischen Partei. Damit verbreitern sie, die Scheidemänner, die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, denn sie lassen die Grundsätze der Partei für immer fahren und verwirken so das Recht, noch weiter den Titel Sozialdemokraten für sich in Anspruch zu nehmen.

So verhält es sich in Wirklichkeit, Herr Wissell, und alle Ihre Mäxchen können nichts an der Tatsache ändern, daß die sozialdemokratische Partei, der Sie angehören, die internationalen sozialdemokratischen Grundsätze verraten hat.

Das werden die Arbeiter von Niederbarnim bedenken müssen, wenn sie am 14. März zur Wahlurne schreiten. Sie werden dann erkennen, daß es für das Proletariat Selbstmord treiben hieße, wollte es die Partei der Scheidemänner unterstützen. Die Arbeiter von Niederbarnim wollen Frieden, Freiheit und Brot. Sie wissen, daß sie die Erfüllung dieser Forderungen nur im Kampf gegen die kapitalistische Regierung und die bürgerlichen Parteien erringen können. Deshalb lehnen sie jedes Bündnis mit diesen Parteien ab und stehen zu der Partei, die fest entschlossen und kraftvoll die proletarischen Forderungen durch Wort und Tat vertreten hat, zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei: Ihren Kandidaten werden sie wählen, den Genossen

Dr. Rud. Breitscheid,

und damit dem Wahlkreis einen Vertreter geben, der gewillt ist, die Bahnen zu gehen, die Artur Städtgen gegangen ist bis zu seinem Ende.

Wir fügen im Folgenden die Erklärungen an, mit denen Bebel und Liebknecht, resp. die sozialdemokratische Fraktion ihre Abstimmungen motivierten:

19. Juli 1870 bewilligte der norddeutsche Reichstag einstimmig die Kriegskredite, Schweiger, Hasenclever, Brilsche stimmten dafür. Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung mit der Motivierung:

„Der gegenwärtige Krieg ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse der Dynastie Bonaparte, wie der Krieg von 1866 im Interesse der Dynastie Hohenzollern.“

Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil das ein Vertrauensvotum für die preussische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat.

Ebenso wenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte als die Billigung der frevelhaften Politik Bonapartes aufgefaßt werden.“

Am 24. November 1870 hatte der norddeutsche Reichstag weitere Kriegskredite zu bewilligen. Diesmal stimmten sämtliche Sozialdemokraten dagegen, nicht bloß Bebel und Liebknecht. Diese beiden stellten zu der Forderung der Kredite folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Den Gesetzentwurf betreffend den ferneren Geldbedarf für die Kriegsführung abzulehnen und folgendem Antrag seine Zustimmung zu geben:

„In Erwägung, daß der am 19. Juli von L. Bonaparte, damals Kaiser der Franzosen, erklärte Krieg durch die Gefangennahme L. Bonapartes und der Niederwerfung des französischen Kaiserreichs tatsächlich sein Ende erreicht hat;

In Erwägung, daß nach den eigenen Erklärungen des Königs von Preußen in der Thronrede vom 19. Juli und der Proklamation an das französische Volk vom 11. August der Krieg deutscherseits nur ein Verteidigungskrieg und kein Krieg gegen das französische Volk sei;

In Erwägung, daß der Krieg, welcher trotzdem seit dem 4. September geführt wird, im schroffsten Widerspruch mit dem königlichen Wort, nicht ein Krieg gegen die kaiserliche Regierung und die kaiserliche Armee, die nicht mehr existieren, sondern ein Krieg gegen das französische Volk ist, nicht ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg, nicht ein Krieg für die Unabhängigkeit Deutschlands, sondern ein Krieg für die Unterdrückung der edlen französischen Nation, die nach den Worten der Thronrede vom 19. Juli „berufen ist, mit dem deutschen Volk die Segnungen christlicher Gesinnung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig zu genießen und zu begehren, und zu einem heilsameren Wettkampf als zu dem blutigen der Waffen“.

beschließt der Reichstag, die verlangte Geldbewilligung für die Kriegsführung abzulehnen, und fordert den Bundeskanzler auf, unter Verzicht auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen.“

### Der Lügenfeldzug der J. G.

Herr Heilmann, der es sich vorgenommen hatte, die Presse regelmäßig mit Nachrichten über den unabhängigen Kandidaten in Niederbarnim, den Genossen Breitscheid, zu versorgen, hat sich nach Kräften bemüht, sein Versprechen zu erfüllen. Ganz in der Art, wie man das von vornherein erwarten mußte, mit Lügen, Verleumdungen, Niedrigkeiten, Denunziationen. Das Blatt ist dieses Leiters würdig.

Das neueste ist der Vorwurf des Landesverrats. Genosse Breitscheid ist nach Herrn Scheidemann ein Feind der Landesverteidigung, weil er über diesen Begriff andere Ansichten hat als die Bourgeoisie und ihr Freund und Verteidiger G. Heilmann; und er soll weiter ein „vielleicht unbewußter — Verbündeter Blond Georges und Clemenceaus“ sein. Man beachte das unterstrichene vielleicht! Das bedeutet doch natürlich, daß Herr Heilmann an das vielleicht nicht glaubt, er macht seinen Lesern die Konzeption, aber er selbst ist fest davon überzeugt, daß Genosse Breitscheid bewußt der „Verbündete Blond Georges und Clemenceaus“ ist. — Eine seine Kampfesweise, nicht wahr, besonders, wenn man bedenkt, daß Genosse Breitscheid, wie auch Herr Heilmann bekannt ist, an der Front steht und nicht in der Lage ist, auf die geschäftigen Unterstellungen zu antworten.

Und wie begründet Herr Heilmann diesen Vorwurf? Nichts einfacher als das. Er zitiert in seinem Schmutzblatt Stellen aus einem Artikel, den Genosse Breitscheid im Jahre 1915 über die Nationalkonferenz der französischen Genossen geschrieben hatte, läßt daraus alle die Sätze fort, in denen Breitscheid die

französischen Sozialisten kritisiert und folgert aus der Mahnung, daß man immer bedenken müsse, in welcher Situation sich die Franzosen im Unterschied zu uns befanden, daß Genosse Breitscheid gegen die deutschen Interessen wüte und die feindlichen Eroberungsziele verheerliche.

Das letztere ist natürlich glatt erlogen und konnte von den Lesern der J. A. nur geglaubt werden, weil Herr Heilmann die Passagen des Artikels fortließ, die ohne weiteres das Gegenteil bezogen. Daß Genosse Breitscheid allerdings nicht die Interessen der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Kapitalismus und Imperialismus vertritt, ist richtig. Dazu fühlen sich die unabhängigen Sozialdemokraten nicht berufen. Sie sind der Ansicht, daß sie für die Interessen des Proletariats, die nur international durchgesetzt werden können, zu kämpfen haben, und von diesem Kampf werden sie nicht lassen, und wenn Herr Scheidemann noch so sehr über Landesverrat zetert.

Das Urteil der Wähler von Niederbarnim fürchten wir nicht. Sie können trotz der Versuche, dem Proletariat das Bündnis mit dem Bürgertum schwachhaft zu machen, die Gegensätze der Klassen noch gut unterscheiden, und sie werden am 14. März den Kandidaten wählen, der nicht für Vermischung dieser Gegensätze zu haben ist, sondern fest auf dem Boden des Klassenkampfes und der Gemeinsamkeit der Interessen des internationalen Proletariats steht; und das ist Genosse Rudolf Breitscheid.

### Persönliches.

Der „Vorwärts“ studet, daß es ein wenig an meiner Person liege, wenn der Wahlkampf in Niederbarnim gegen mich „mitunter“ persönlich geführt werde. Er begründet das so:

„Breitscheid war kaum von rechts her in die Partei eingetreten, als er schon wieder links aus ihr hinausraffelte. Er hat zum Aufbau der Arbeiterbewegung nichts beigetragen und wirkt jetzt für ihre Zertrümmerung.“

Soviel Worte, soviel Unwahrheiten! Wie meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei, so habe ich mein Bekenntnis zur Richtung der Unabhängigen fünf Jahre später (der „Vorwärts“ sagt „kaum“ nach meinem Eintritt) ohne jedes Rasteln vollzogen. Es zeugt von geistiger Armut, daß man das Wort vom Hinaustraffen, mit dem die Herren Otto Braun und Stampfer das Ausschneiden Maurenbrechers zu charakterisieren pflegen, nun auch auf mich anwendet.

Ferner wird mir nachgesagt, ich habe zum Aufbau der Arbeiterbewegung nichts beigetragen. Es ist nicht ohne Reiz, diese Behauptung in einem Blatte zu

finden, dessen Redaktion von Friedrich Stampfer geführt wird. Ich war, wie ziemlich allgemein bekannt ist, mehrere Jahre lang Stampfers ständiger Mitarbeiter bei der Herausgabe seiner Korrespondenz. Wenn er, um von meiner sonstigen Arbeit im Dienste der Partei zu schweigen, in dieser Tätigkeit ein Mitwirken beim „Aufbau der Arbeiterbewegung“ nicht erblicken kann, so läßt er damit an dem politischen Wert seines eigenen journalistischen Unternehmens eine eigenartige und bezeichnende Kritik.

Was endlich den Anwurf angeht, ich würde für die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung, so verzichte ich darauf, oft Gefagtes zu wiederholen, und beschränke mich auf die Feststellung, daß die Zertrümmerer der Arbeiterbewegung dort zu suchen sind, wo man sie ihres alten Geistes und ihrer alten Grundsätze berauben will.

Rudolf Breitscheid.

### Nach Nieder-Barnim!

Genossen!

Wenn Ihr diese Zeilen zu Gesicht bekommt, werden Euch wohl nur noch wenige Tage von jenem 14. März trennen, da Ihr aber die künftige Vertretung des Wahlkreises Nieder-Barnim im Reichstage entscheiden sollt.

Nahet Euch noch einmal mahnen, Eure Schuldigkeit zu tun.

Der Krieg erschwert Euch die Vorbereitungen. Oeffentliche Versammlungen können nicht abgehalten, Flugblätter nicht, wie es nötig wäre, verteilt werden. Eure Zeitung ist Euch geraubt. Aber keine Macht kann hindern, daß Ihr von Mund zu Mund und Auffklärung verbreitet und agitiert. Und je stärker der Belagerungsstand auf Euch lastet, um so dringender ist es, daß Ihr diese Agitation treibt. Wagt nicht, daß sie unnützlich wäre, laßt Euch nicht abschrecken durch Schroffheit noch durch Teilnahmslosigkeit, nicht verwirren durch Ausflüchte. Trezet an jeden heran — mit Ruhe und Geduld. Erfolg kommt Ihr nur haben, wenn Ihr überzeugt — also nicht schimpfen und allgemeine Meckereien machen, sondern Gründe entwickeln, Tatsachen aufweisen! An Material dafür kann es Euch ja nicht fehlen. Ihr braucht doch nur den Dingen ins Gesicht zu sehen:

Auf der einen Seite die um David — Häntsch — Scheidemann. Die alten Grundsätze der Demokratie und des Internationalismus haben für sie keine Gültigkeit mehr: Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker opferten sie, indem sie sich als Gesamtpartei auf den Standpunkt stellten, daß für die Elbsch-Positoren und die anderen von Deutschland umfaßten Gebiete dergleichen nicht in Frage kommen könne, und indem sie nicht wenige ihrer Wortführer sogar offen für Annexionen fremder Völker eintreten ließen. Während sie Euch mit löblichen Worten zu täuschen und an sich zu fesseln suchten, trübten sie mit ihren Taten immer wieder eine Politik, die den proletarischen, die Euren Interessen geradezu entgegen lief.

### Das Barnickel.

Unserem Solinger Parteiblatt, der „Bergischen Arbeiterstimme“, entnehmen wir folgenden mit E. gezeichneten Artikel:

„Die deutsche Sozialdemokratie beider Richtungen kann sich die Auseinandersetzung darüber sparen, welche Umstände zur Spaltung der Partei geführt haben und was getan werden muß, um das Uebel wieder gutzumachen und ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Das Blatt der Dortmunder Vorstandssozialisten, ehemals recht und schlicht „Arbeiterzeitung“, jetzt in Anpassung an den Burgfrieden „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ genannt, hat es heraus, wer der Uebelthäter ist. In ihrer Nummer 33 vom 11. Februar 1913 bringt sie einen Aufsatz unter dem Titel „Die Wurzellosen“, der gegen die Akademiker gerichtet ist. Darin heißt es:

„Akademiker waren es in der Regel, die Wittmarr anrichteten, Akademiker sind's immer, die keine Disziplin halten. Die Demokratie legen sie so aus, daß jeder tun und lassen kann, was er will, für Seitensprünge sind sie niemand, erst recht nicht der Arbeiterschaft verantwortlich. In weitesten Kreisen hält man dafür, daß es nicht zur Parteispaltung gekommen wäre, wenn wir die Doktoren, Advokaten und Literaten nicht hätten.“

Nun also wissen wir's, wer schuld an der Parteispaltung ist. Nicht die Politik des 4. August, nicht der Burgfrieden, nicht die verschiedene Auffassung über die Stellung der Partei zur Regierung und den bürgerlichen Parteien, wie zu den vielen und wichtigen Fragen, die der Krieg an die Oberfläche getrieben hat. Nein, die Doktoren, Advokaten und Literaten haben den Streit aufgeführt, und die Arbeiter, die in immer größerer Scharen sich auf die Seite der Opposition begeben, sind so dumm, sich von den Doktoren, Advokaten und Literaten nachführen und der Partei, der sie jahrelang angehört haben, abspenstig machen zu lassen. Was ist schlimmer: die Gewissenlosigkeit der Akademiker oder die Dummheit der Arbeiter, die deren Gewissenlosigkeit nicht zu durchschauen vermögen, sondern den Verführern gutwillig folgen?

Natürlich trifft das alles nur für die Opposition, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu. Aus ihren Kreisen kam die Opposition gegen die glorreiche Politik der Scheidemann, auf ihrer Seite entanden ein Liebnecht, ein Haase und andere „Partei-zerstörer“ im Gewande der Doktoren, Advokaten und Literaten, die „keine Disziplin halten“ können, die zu

nichts fähig sind als zu „Seitensprünge“ — im Gegensatz zu den Heine, David, Reisch und anderen Doktoren, Advokaten und Literaten im Scheidemannlager, die trennend nur nach ihrer Anweisung handelnden Vorstandes hielten. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Um Sühne und Sicherung für die Parteispaltung zu haben, darum hinaus mit den Akademikern, soweit sie zur Opposition neigen; insbesondere keine Gnade mit den Liebnecht, Haase und anderen „Disziplinbrechern“ und „Partei-zerstörern“, wenn sie nicht, wie es der Parteitag in Würzburg will, Abbitte tun und Besserung geloben.

Gründlich wie das Dortmunder Blatt immer war, führt es auch abfädelnde Beispiele für das Doktoren-, Advokaten- und Literatentum an: „zwei typische Fälle aus der jüngsten Zeit der Parteigeschichte“, die zeigen sollen, daß man die Abneigung der Arbeiter gegen die Akademiker nicht in Worten und Bogen verurteilen kann.“ Diese zwei „Fälle“ sind Breitscheid und Maurenbrecher. Man wird über diese Zusammenstellung einigermaßen erstaunt sein. Was hat Breitscheid mit Maurenbrecher gemein? Maurenbrecher kam von den Nationalsozialisten zur Sozialdemokratie, spielte bei dieser einige Jahre eine politische Rolle, hat schon seit geraumer Zeit mit der Partei nichts mehr zu tun, tauchte längst im Lager der Vaterlandspartei auf und ist jetzt der evangelischen Kirche, aus der er ausgetreten war, wieder beigetreten sein. Maurenbrecher ist seit lange für die Sozialdemokratie verschollen. Tausende von Arbeitern sind wie er der Sozialdemokratie beigetreten und, weil sie sich in ihr nicht heimlich gefühlt haben, wieder ausgetreten, ohne daß jemand darüber redet. Aber Maurenbrecher ist Akademiker und in dieser Eigenschaft ist er ein zu wertvolles Objekt, als daß gewisse Leute den Fall ungenutzt lassen könnten.

Zunächst mit Bezug auf Breitscheid. Das Dortmunder Blatt berichtet, daß Breitscheid bei der letzten Reichstagswahl bürgerlicher Kandidat war. (Das Wort „bürgerlich“ ist absichtlich gewählt, „demokratisch“ wäre nicht verdächtig genug gewesen.) In der Hauptwahl sei er durchgefallen, vor der Stichwahl der Sozialdemokratie beigetreten und dann habe er „seinen Beruf als Arbeiterführer entdeckt“. (Diese ihm hier angedichtete „Führerschaft“ betätigte Breitscheid dadurch, daß er, der Schriftsteller von Beruf, in die Stampfersche Korrespondenz eintrat und, wie es Pflicht war, seine rednerischen Gaben in den Dienst der Partei stellte.) Aber nun kommt die Hauptfrage:

Während des Krieges entwickelte er sich zur äußersten Linken, gründete eine Korrespondenz zur Bekämpfung der Mehrheit im Inland und Ausland. Natürlich machte er die Partei-

Stehen sie nicht auch heute noch hinter der Regierung, unbekümmert um die Art und Weise, wie diese dem Streik der Arbeiter begegnete, und unbekümmert darum, wie sie im Osten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweg einen Frieden nach den Wünschen der Akademiern diktierte. Aufhandeln sie nicht auch heute noch mit den Fortschrittler und Zentralisierern in geheimen interfraktionellen Besprechungen über gemeinsame politische Aktionen, ohne Rücksicht darauf, daß diese Parteien eben noch so gar sofortige Einberufung des Reichstages ablehnten, als Regierung und Arbeiterschaft im Streik zusammengebrochen waren? Zeigt an das, was diese Partei an Vergewaltigungen der Minderheit leistete, was ihre Organe vom Range der internationalen Korrespondenz usw. schrieben, auch nur eine Spur vom Geiste jener Partei, die einst die Arbeiter in Massen sich scharen ließ um das Banner der Demokratie und des Sozialismus?

Auf der anderen Seite die Unabhängige Sozialdemokratie, beraten von jenen Leuten, die in der ganzen Internationale anerkannt wurden als die berufenen Führer der sozialistischen Bewegung, bestrebt, ihre Politik nicht in den Dienst der proletarischen Interessen und des besten und raschesten Friedens zu stellen. Allen Schmähdungen zum Trotz weigerte sie der Regierung die Gefolgschaft und hielt sich frei von der Verantwortlichkeit für die von dieser betriebenen Politik. Allen Verfolgungen zum Trotz vertretete ihre Führer rückwärtslos die Forderungen der streikenden Arbeiter und sind gewillt, in ihrem Sinne weiter zu wirken.

Soll an die Stelle Arthur Stadthagens in das Parlament ein Mann einzichen, der ihn scharf bekämpft hat und das damit krönt, daß er sich auf den Redaktionsstuhl setzte, von dem Stadthagen eben durch einen brutalen Gewaltstreik der Scheidemann und Genossen hinabgestoßen war?

Oder muß nicht alles aufgegeben werden, daß für Nieder-Barnim wieder ein Mann in den Reichstag zieht, der an Stadthagens Seite stand und der gewillt ist, sein Werk weiter fortzuführen?

Wie wenige andere hat Genosse Breitscheid es verstanden, uns durch zündende Reden zu begeistern, und uns in zahlreichen Ausschüssen Wege und Ziele einer wahrhaft sozialistischen, demokratischen Politik zu zeigen. Wir wissen, daß wir ihn den anderen nennen können in jeder Hinsicht. Wer ihn kennen gelernt hat, weiß, daß alle Verleumdungen der Gegner an ihm abprallen. Ihr heftiger Kampf gegen ihn beweist nur, wie sehr sie seine Wahl fürchten. Wirkt dafür, daß er über sie triumphiert!

### Zur Reichstagswahlwahl in Niederbarnim.

Regel. Hier ist nun auch eine Wählerversammlung von den Regierungsozialisten abgehalten worden. Am Donnerstag, 28. Februar, war Herr Wiffel erschienen und referierte über seine persönliche Stellung, wie er sich ausdrückte, und die der „alten Partei“ zu politischen Fragen, insbesondere aber auch über seine Auffassung von der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Wie er in seiner allgemein als recht schul-

spaltung mit und tritt jetzt als Kandidat der Unabhängigen im Kreise Niederbarnim auf als Gegner von Rudolf Wiffel, einem alten verdienten Genossen und Gewerkschafter, der ein ganzes Lebensalter der Sache der Partei gewidmet hat.

Dies läßt man einen Seufzer fahren, wenn man kann, auch zwei — wie in alten Gebetsbüchern an besonders rührenden Stellen beigemerkt ist. Nun kennt man wenigstens die Sünden Breitscheids, die ihn würdig erscheinen lassen, neben Maurenbrecher genannt und mit anderen Doktoren, Advokaten und Literaten (von der Opposition verhehrt sich!) in die Wollschlucht geworfen zu werden. Bei diesen Sünden aus Dortmund, die des Großen wahren Grund enthalten, möchte man sprechen: Das steht schon besser aus. Man weiß doch wo und wie! Jedenfalls ist hier für strebsame Naturen der Weg gezeigt, wie sie auch als Akademiker sich die Günstigkeit gewisser Leute eringen können. Warum ist Breitscheid auch nicht die Wege gewandelt wie Herr Kuttner, der zur selben Zeit von den Demokraten zu den Sozialdemokraten übertrat?

Und die Ruhanwendung, die das Dortmunder Blatt aus den beiden „typischen Fällen“ für die Arbeiter zieht? Aus dem Fall Breitscheid wäre nicht allzuviel zu machen gewesen. Breitscheid ist seit 1912 Parteigenosse, er hat politische Fähigkeiten, die man früher auch in Dortmund zu schätzen wußte und heute noch zu schätzen wüßte, wenn er nicht zur Opposition gegangen wäre. Aber wenn man den Fall Breitscheid mit dem Fall Maurenbrecher zusammenbringt, so wenig auch beide persönlich und sachlich miteinander zu tun haben, dann steht die Sache für Breitscheid in den Augen derer, die die Lage der Dinge nicht kennen, schon ungünstiger. Und hat man dann erst zwei Sündenböcke, dann kann man mit gutgemeinter Entrüstung, wie in dem Dortmunder Blatte zu lesen ist, ausrufen:

„Dieser Art sind die Leute, die im Handumdrehen vernichten können, was die Arbeiter selbst und ihre Führer, die von der Bise auf gebildet haben, in jahrzehntelanger mühseliger Agitationsarbeit aufgebaut haben.“

Maurenbrecher also als Typus der Doktoren, Advokaten und Literaten — selbstverständlich nur auf Seiten der Opposition. Und der gutgläubige Leser verwechelt das Bild und sieht Breitscheid, Haase und Liebnecht wie Herrn Maurenbrecher schon im Lager der Vaterlandspartei. Und damit es der Tollheit nicht an Methode fehlt, wird das able Geschwätz überschrieben „Die Wurzellosen“. Haase, Liebnecht wurzellos, Heine, Landberg, David wurzellos

meisterlich aufgefahnen Vortragweise auf die Zuhörer wirkte, das würde ihm wohl in seinem Vortrage recht bald klar geworden sein, denn die sachlichen Ausführungen, die seinem hier im Kreise verbreiteten Flugblatt entnommen, das ja bekanntlich ausdrücklich als ein von ihm gedachtes Referat bezeichnet wird, waren derart zugespitzt vorgetragen, daß sie vielseitigen Unwillen erregten. Summa Herr Wiffel beliebt, seine Zuhörer des öfteren dahin zu apostrophieren, als seien sie politische Kinder, denen man noch die Anfangsgründe sozialdemokratischen Denkens und Urteilens beibringen müßte. Was Herr Wiffel über die Taktik der Sozialdemokratie vor dem 4. August 1914 und nachher und vordemokratisieren zu sollen glaubte, ob, das hatten wir denn doch des öfteren schon wirkungsvoller hören und lesen können. Seine Ausführungen und Beweisführungen waren derart, sagen wir mal ganz flach, daß sie von politischen Lehrlingen oder angehenden Parteischülern auf ihren wahren Wert und ihre Stichhaltigkeit hätten zurückgeführt werden können. Und deshalb auch die dem Kandidaten recht oft unangenehm, aber um so zutreffenderen Anmerkungen, die sich trotz seiner spitzigen Abweisungen, aber immer im parlamentarischen Rahmen hielten. Aber nicht ungerührt können wir lassen, da eine entsprechende Zurückweisung in der knappen Diskussionszeit unmöglich war, daß Herr Wiffel und gegenüber nicht immer die nötige literarische Objektivität belebte, wie z. B. bei dem bekannten Zitat über Mehrings Stellung zur sozialdemokratischen Auffassung von den Arbeiterschülern, sondern ganz operierte, wie es ihm zu unserer Diskreditierung paßt und von unseren politischen Gegnern auch fattsam bekannt ist. Und Genosse D o s e r, der Wiffel gegenübertrat, hatte ganz recht, daß er auf die von ihm beliebten Ausführungen, soweit sie sachlicher Art waren, eben nicht weiter einging, weil sie aus Allgemeinplätzen zusammengetragen waren. Was Gen. Wiffel zu erwidern übrig blieb, waren denn auch im wesentlichen eine ganze Reihe Nichtigstellungen und Darlegungen über die Haltung der Unabhängigen Reichstags- und Landtagsfraktionen, die bei den Versammlungen ganz allgemeine Zustimmung fanden. Herr Wiffel wird wohl aus der Tegeler Versammlung den Eindruck mitgenommen haben, daß bei dieser überwiegenden Industriebildung für ihn nicht gar zu viel Selde zu spinnen war. Auch muß ihm wohl nicht allzuviel Sicherheit begleitet haben, denn er hatte sich einen für unsere kleinen Verhältnisse recht auffälligen Einladentab mitgebracht, unter denen u. a. sich der Herausgeber der „Internationalen Korrespondenz, Heilmann, und Simon Rosenfeld befanden, die durch reichliche Zustimmung für die Deckung sorgten. Heilmann versuchte auch in der Diskussion Doser zu widerlegen, aber durch unwahre und schlechte Behauptungen (nebst der an ihm gemachten persönlichen „ankündigen“ Verhandlung des Gegners, die des öfteren auch von den seine J. K.-Korrespondenz abdruckenden offiziellen Parteiblättern zurückgewiesen ist) werden unbecomene Tatsachen nicht hinwegdiskutiert. Wir Unabhängigen können mit dieser Wählerversammlung zufrieden sein. Ob die andere Seite, mag ihre Sache sein. Das Auftreten ihres ehemals so radikalen Herrn Heilmann (als Robertus, der Roteste der Roten) hatte für ihn leider noch ein komisches Intermezzo nach Schluß der Versammlung zur Folge; er war mit einem

und bodenständig. Warum? Alles wegen der berühmten Politik des 4. August!

Auf der Reichskonferenz im September 1910 schickte Scheidemann, welchen Zulauf die Sozialdemokratie haben würde, wenn ihr der Vorwurf der Vaterlandsfeindschaft nicht mehr gemacht werden könne. Daraus geschah der Bräutigam: „Aber die Arbeiter werden es nicht dulden.“ Scheidemann: „Ich Arbeiter! Wenn ich Rechtsanwältin und sonstige studierte Leute mir gegenüber von Arbeitern reden höre.“ Scheidemann mußte sich aus der Versammlung den Vorwurf der Demagogie und sodann den Nachweis gefallen lassen, daß jenen Vorwurf ein Arbeiter, kein Akademiker getan hatte. Genosse Dose kam am nächsten Tage in seiner Rede auf diesen Vorfall zurück, wobei er die Aufklärung, die in der Bemerkung Scheidemanns zum Ausdruck kam, mit aller Entschiedenheit zurückwies. Er sagte:

Was ist das anders als der Appell an die schwache Frau? Wie kann eine Partei wie die Sozialdemokratie, die doch Männern wie Marx, Lassalle, Engels das Größte verdankt, einen solchen Unterschied konstatieren wollen zwischen Akademikern und Arbeitern. Ich kenne Arbeiter, die viel klüger sind als mancher Akademiker. (Lebhafte Zustimmung.) Sie, die Sie mir so zustimmen, werden aber nicht so viel Dünkel haben, um zu übersehen, daß nicht auch mancher Akademiker viel mehr weiß und einen weiteren Blick hat als manche Arbeiter, und namentlich solche, die aus Arbeiterkreisen stammen und heute glauben, allein die volle Bewusstheit zu haben. Scheidemann kann sich wegen seiner Neugier so aneinandersehen mit seinen Freunden aus seiner Fraktion, mit Landsberg, Heine und anderen Akademikern. Für mich ist die Sache erledigt.

Man wird hoffen dürfen, daß die Haasfische Aufklärung über diese Frage die der Mehrheit der deutschen Arbeiter ist. Es wäre bedauerlich, wenn es anders wäre und wenn diejenigen die Oberhand behielten, die die kommende Auseinandersetzung auf den unfruchtbaren Boden eines Gegensatzes zwischen Arbeitern und Akademikern leiten möchten und für diesen Fall bereits das Kornfeld in den „Doktoren, Advokaten und Literaten“ gerundet zu haben glauben. Für manche Leute, die eine ernste grundsätzliche und politische Auseinandersetzung zu fürchten haben, wäre das ein willkommenes Mittel, einer grundsätzlichen Abrechnung auszuweichen. Wir hoffen aber von der Einsicht der Arbeiter, daß sie — nicht der Akademiker, sondern der Arbeiter wegen — dem ebenis fürchten wie verwerflichen Wortmünder Beispiel nicht folgen.

Versammlungsteilnehmer wegen seines provozierenden Auftretens in Disput geraten, der mit der energischen handgreiflichen Dimauskompimentierung durch die Lokalinhaberin beendet wurde. Auch das noch!

### Abhängige und Gelbe.

Eine innige Zuneigung der Gelben zu der Politik der Abhängigen war in einer am Montag von den Abhängigen in der Siemensstadt einberufenen Reichstagswählerversammlung zu beobachten. Die 60 hundert zusammengewürfelten Versammlungsbesucher bestanden reichlich zur Hälfte aus Meistern, Technikern und Ingenieuren der Siemenswerke, dem Väterbüchsen der Abhängigen aus Spandau, einigen Frauen, Arbeiterwählern sowie einigen Spandauer Genossen. Zu Beginn der Versammlung beantragte Genosse Fischer beim Leiter derselben, Herrn Reichstagsabgeordneten Stahl, dem Korreferenten der Unabhängigen, Gen. Dielegang, eine Stunde Redezeit zu gewähren. Flugs beantragte Herr Willi Jahnke, die Redezeit auf 30 Minuten zu besetzen. Trotzdem für den letzteren Antrag, welchen Herr Stahl eigenmächtig dem zuerst zur Abstimmung brachte, nur einige Personen stimmten, erklärte er denselben für angenommen. Dann hielt Herr Dielegang eine zweistündige Kandidatenrede, welche aber eher einer Grabrede ähnelte. Der Kern der Rede war immer wieder Glaube und Hoffnung auf die Demokratisierung Preußens durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien und die überschwengliche Verherrlichung der Blockpolitik der Abhängigen. Die Angehörigen der Siemenswerke zeigten auch volles Verständnis für das sanftmütige Auftreten des Herrn Wiffel, der nur über die bösen Unabhängigen große, und sorgten nicht mit Verfall. Zuerst hörten die gelben Meister den Gen. Dielegang, der hierauf das Wort ergriff und mit Herrn Wiffel und der Politik der Abhängigen, die alles andere als sozialdemokratisch sei, gründlich abrechnete, ruhig an. Dann aber gerieten sie aus Mitleid und Mitleid und Genosse Dielegang hatte Mühe, seine eindrucksvolle Rede zu Ende zu führen. Als dann noch Herr Stahl der „vorgeschickten Zeit“ wegen die Diskussion schließen ließ und damit den Spandauer Genossen die Möglichkeit nahm, sich auch mit seiner Person zu befassen, verließen dieselben in Gemeinschaft mit einigen anderen Arbeitern die Versammlung und ließen die Abhängigen mit ihren neuen Bundesbrüdern allein.

Am Dienstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Reichstagswählerversammlung bei Kant statt. Die Beteiligung aller Genossen ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

### Wahlhilfe für Niederbarnim.

Genossen und Genossinnen, welche am Tage der Wahl, Donnerstag, den 14. März, in den nähergelegenen Orten des Kreises helfen wollen und sich noch nicht verpflichtet haben, werden gebeten, sich früh um 8 Uhr für den Osten im Wahlvereinsbüro, Neue Bahnhofstr. 31, Quergeb. part., Bahnhof Stralan-Kummelsburg, elektrische Linien: 26, 76, 78, 92, und für den Norden im Lokal von Ertel, Gerichtsstraße 71, Tel. Norden 3865, einzufinden. Versäume kein Genosse und keine Genossin, uns ihre Hilfe im Interesse unserer Sache zukommen zu lassen.

### Das Kreiswahlkomitee von Niederbarnim.

#### Am Wahltage

Ist das Büro des Kreises den ganzen Tag geöffnet. Alle Mitteilungen und eventuelle Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind sofort dem Büro zu melden unter der Telephonadresse: Amt Königstadt, 3912.

Rosenthal, Niederschönhansen-West, Mittwoch, den 13. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Genossen Wilbrodt, Walderstraße 5, unser Jahlabend statt. Beiwohnen und Genossen, in Anbetracht unserer bevorstehenden Reichstagswahl ist es Sure Pflicht, zu erscheinen, da noch wichtige Parteiarbeiten zu besprechen sind. Ferner werden im Lokal des Genossen Wilbrodt Vorträge zu jeder Tageszeit entgegenkommen. Der Vorstand.

Stralan, Mittwoch, den 13. März 1918, abends 8 1/2 Uhr, gemeinsamer Jahlabend bei Otto Steinicke, Alt-Stralan 6. Zur Verteilung der Wahlarbeit erwartet das Geschehen aller von der Gemeindegemeinschaft freien Genossen.

#### Die Bezirksleitung.

Pankow, Genossen und Parteifreunde, die bei den Arbeiten vor und während der Wahl helfen wollen, können sich melden im Lokal Wilhelm Gajmann, Pantow, Kreuzstr. 14, an der Dollanstraße.

Spandau. Für alle Genossen von Spandau und Siemensstadt findet am Sonntag, den 10. März, vormittags 9 Uhr, ein Jahlmorgen bei Kant, Siemensstr. 84, statt. Im Anschluß hieran Flugblattverbreitung zur Niederbarnimer Reichstagswahl. Der regelmäßige Jahlabend fällt diesmal fort.

### Wähler-Versammlungen.

4. Kreis, Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr. Wähler-Versammlung in den Prachtalmen des Ostens, Frankfurter Allee 48. Referent: Hugo Haase. Pankow, Sonntag, den 10. März, 1918, abends 6 Uhr, im Lokal von Reigner, Pantow, Schlossstraße 2,

Öffentliche Wähler-Versammlung. Thema: 1. Die letzten Stunden vor der Wahl. Referent: Genosse Durm, Reichstagsabgeordneter. 2. Freie Rede.

Stralan, Montag, den 11. März 1918, abends 8 1/2 Uhr, bei Otto Steinicke, Alt-Stralan 6, Öffentliche Reichstagswähler-Versammlung.

### Die Zukunft der Sozialdemokratie.

II. 9)

Auf der ganzen Linie erkennen wir eine Ueberspannung, eine Ueberreife des kapitalistischen Systems. Der Weltkrieg hat diesen Entwicklungsprozess in allen Ländern gewaltig gefördert: Seht die märchenhaften Kriegsgewinne! Seht die Konfusionen und Konzentrationen des Industrie- und Finanzkapitals! In zentraler Lage ist die technische Produktivkraft mächtig in die Höhe gegangen, wenn auch zunächst ausschließlich zu dem wahnwitzigen Zweck gegenseitiger Zerstörung. Aber die Steigerung der Produktivität der Arbeit bleibt und entwickelt sich weiter, und ihre Folge unter der Herrschaft des Kapitals ist eine beispiellos hohe Profitrate, erhöhter Ausbeutungsgrad der Arbeit, wachsender Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und ausgeprägter klassenmäßigem Konsum. Die gesellschaftlichen Verhältnisse treten in einen Zustand, der infolge seiner Unzerstörbarkeit zu einer Lösung zwingt.

Und in der Lösung dieser Frage liegt die Zukunft der Sozialdemokratie — des Sozialismus!

Wie aber ist diese Lösung möglich?

Der Kapitalismus ist reif. Oder ist er es nicht? Ist es nicht ein Zeichen der Reife, daß eine Hand voll (Herr Rathenau, der erste Direktor der A. G. G. in Berlin) spricht von 100 Köpfen) allmächtiger Großindustrieller und Finanziers die Wirtschaft- und Wirtschaftspolitik der Völker bestimmen — die rücksichtslos darüber Krieg oder Frieden sein soll? Der Kapitalismus ist reif: Und dennoch macht er dem Sozialismus nicht Platz. Niemals wird er es freiwillig tun, niemals wird er sich selbst aufgeben, ebensowenig wie ein blutiger Zwillingenbruder, der Militarismus es tut. Die Entscheidung kann nur im Kampfe fallen: Der Sozialismus will erkämpft sein!

Wie wohl diese Gedanken nicht den Blick der Menschheit haben, im Gegenstand einen reicheren halben Jahrhundert ein wesentlicher Bestandteil des modernen Sozialismus sind, ist es heute, im Zeichen der rückwärts marschierenden Regierungskapitalismus die Notwendigkeit, sie zum Zentralpunkt unserer Betrachtung zu machen: sie bilden den Scheideweg für das weltgeschichtliche Problem: Die Kapitalismus — die Sozialismus. Die jüngste Entwicklungsphase, die Kriegswirtschaft, sollte jeden Einsichtigen in unserer Nation zu der Erkenntnis gebracht haben, daß die erworbenen Produktivkräfte und die steigenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsmomenten ist aber die größte Produktivkraft die arbeitende Klasse selbst; sie verkörpert wirklich alle schaffenden Produktivkräfte, die sich im Schoße der bestehenden Gesellschaft entfalten konnten. Mit anderen Worten: Die Arbeiterklasse ist der Träger der Gesellschaft und es kommt darauf an, ihr das zum Bewusstsein zu bringen und zur Tat werden zu lassen. Legten Godes entscheidet die Tat. Nicht hat Wert, das nicht zur Tat wird.

Die Vorbereitung und die Ausführung dieses Tates — das ist die wahre Aufgabe des Sozialismus.

Was hat der Sozialismus, die Sozialdemokratie bisher in dieser Richtung geleistet? Es ist überflüssig, lange Exkurse darüber anzustellen. Der Regierungskapitalismus ist zwar ein legitimes Kriegsgeld, allein genügt wurde er schon in den Jahren des Friedens. Die berühmte Gegenwartsarbeit im Parlament, Kommune, Gewerkschaft, Genossenschaft usw., die Tätigkeit der Inhabern unter planmäßiger Ausdehnung der Massen, Anknüpfung von Kapitalisten auf Kosten politischer Tatkraft, hat die Triebkräfte der Arbeiterklasse so weit in das bürgerliche Lager geführt, hat den Geist und die Ziele des Sozialismus so sehr verflüchtigt, daß die Konsequenzen nicht abzulesen konnten. Sehr treffend charakterisiert Max Weber diese Entwicklung. „Aus dem Sozialismus war allmählich, anstatt der Tendenz zur Verbesserung der Klassenorganisation, ein innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geworden. Woher anders erklärt sich die steigende Vorherrschafft, die beispielweise in Deutschland den Gewerkschaften im Richtungsbereich zwischen dem Revisionismus und dem Nationalismus aufgefallen war? Aus einem Mittel zum Zweck war die Verbesserung der Lage des Proletariats allmählich zum Selbstzweck geworden. Und das ist es, was die Proletarier während des Krieges an die Seite der Bourgeois geziehen hat: Sie kämpfen zusammen mit den letzteren um die eigene materielle Besserstellung auf Kosten des ausländischen Proletariats. Auf diese Weise können sie selbst Vorwärtsschritt machen bei der eigenen Befreiung im Wege liegen werden. Hier, in dieser platt materialistischen Auffassung und Denkweise, liegt ein Grund, gewiß kein erhebender, für die nationale Solidarität, die als tiefste Erscheinung in allen kapitalistischen Staaten während des Krieges sich gezeigt hat.“

Auch in der sozialen Bewegung gibt es vorübergehende rückläufige Tendenzen, und ganze Klassen können sich zeitweise tragischen Täuschungen hingeben. Indessen erfolgt dann alsbald die Enthüllung der eheben ökonomischen Ursachen und das geistige Erwachen der Geländeten um so gründlicher. Dafür sorgt die radikale Dialektik des modernen Großkapitalismus. Wenn sich auch die unentwerteten Weisspropheten des Regierungskapitalismus fernhalten bemühen, sich selbst und die Arbeiterklasse zu täuschen — sie werden an der rauhen Wirklichkeit scheitern. Der Kontrast zwischen der Handvoll jener Leute, die auf Grund ihres ange-

9) Siehe Nr. 45 des Mitteilungsblattes.

Einziges Kapitalvermögen das blühende Schicksal der Arbeiter...  
Der Weg zum Sozialismus, zur klassenlosen Gesellschaft ist der offene, unverfälschte Kampf zwischen Proletariat und Kapital. Dieser Entscheidungskampf duldet kein Heilsheben, keine Vertuschung, keine Illusionen, kein Bremsen.

Da machen aber auch schon die Bremser, die Reifertreter, die Skeptiker, die Vorstandsstrategen und Klassenwächter eine endlose Reihe von Einwendungen: Organische Entwicklung, friedliche Reform, das ist ihr ewiges Vaterunser. Diese Heiden des Rückschritts sind unbelehrbar. Der Weltkrieg hat ihre ökonomischen und politischen Anstandslehren über den Haufen geworfen. Die Welt krampt sich in revolutionären Zuckungen, alle Scheinwerke der Reform, von der Sozialpolitik bis zum Völkerrecht, liegen begraben unter dem eisernen Notwendigkeiten imperialistischer Politik. Die Parlamente stehen mit ihrer geistigen Armut, ihrer politischen Impotenz, ihrem allgemeinen Verzicht, auf dem Niveau der Nachmittagskaffeekränzchen: die Teilnehmer der Veranstaltung plappern sich den qualenden Alpdruck von der Seele, befriedigen ihre angeborene und anerzogene Sensationslust, um dann wieder freiwillig oder unter dem sanften Druck des Gastgebers nach Hause zu gehen. Merger noch liegen die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, darnieder. Gemessen an dem tatsächlichen Entwicklungstakt der kapitalistischen Wirtschaft und der imperialistischen Kriegsverlängerungspolitik, die den Interessen der Massen schnurstracks zuwiderläuft, ist ihre Taktik blutiger Dohn, eine lächerliche Karikatur des ursprünglichen Kampfscharakters der Arbeiterorganisationen.

Mit allem dem ist der Arbeiterklasse und dem Sozialismus nicht gebüht. Die Masse kann es sich nicht mehr gestatten, politische Advokaten ins Parlament zu schicken, engstirnige Bürokraten zu züchten und auszuhalten und reaktionäre Instanzen zu bilden. Mit diesen brüchigen Heften ohne Rillinge ist den herrschenden Gewalten nicht beizukommen. Herr Scheidemann und die Seinen üben schon seit dreieinhalb Jahren ihre fakultative Retorik an den Reden der jeweiligen Reichskanzler, Herr Legien und die Seinen hüten nach dem Muster altpreussischer Finanzverwaltung die angeschauten Schätze der Gewerkschaften und die verächtlichsten Instanzen insgesamt ihren ganzen Einfluss in die Waagschale, jede selbständige Regung der Arbeiterklasse im Keime zu ersticken.

Nicht minder wie heute noch die ökonomische Reife des Kapitalismus erkannt wird, ist die politische Reife des Proletariats unter einem Wust vorgefaßter Meinungen und gewerkschaftlicher Zwangsregeln, Statuten genannt, niedergebunden. Das sind Kräfte, die sich die Arbeiterklasse im Laufe der Jahrzehnte langsam und unbewußt selbst geschmiegelt hat. Aber wenn nicht alle Fesseln trügen, wird noch manche Burg der göttlichen Weltordnung geschloßt werden.

### In den Stadtverordneten-Erschwahlungen.

Am Sonntag, den 3. März, waren im 4. und 14. Kommunalwahlbezirk Erschwahlungen zur Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen. Die Bürgerlichen hatten auf Grund einer vor zwei Jahren getroffenen Verständigung, während des Krieges den Vorkandidat zu wählen, von der Aufstellung von Kandidaten abgesehen. Dagegen hatten die Abhängigen Gegenkandidaten aufgestellt.

Schon bei den Wahlvorbereitungen stellte sich heraus, daß kaum zwei Drittel der Wähler noch am Orte waren. Was nicht schon früher eingezogen war, wurde aus Anlaß der letzten Vorgänge in Berlin und vollends entzogen. Und gerade unsere besten Leute waren es, die wir wissen mußten. So blies zur Wahl in der Hauptsache jene Wählerschicht übrig, die schon bei früheren Wahlen sozialdemokratisch gewählt hatte, die aber sonst kein tieferes Interesse an Parteileben nahm. Ihrer Zahl nach kommt aber bei Wahlen diese Wählerschicht sehr in Frage, bildet sogar den ausschlaggebenden Teil. Diese Wähler wollen die alte Sozialdemokratie wählen und sind nicht orientiert darüber, daß die alte Sozialdemokratie gar nicht die alte ist, und daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei es ist, die überhaupt immer noch sozialdemokratisch handelt. Das zeigte sich schon bei der Erschwahl im 11. Kommunalwahlbezirk, das trat auch am Sonntag in augenfälliger Erscheinung. Geschuldet ist dieser Zustand dem Mangel einer Tagespresse, die an diese proletarischen Schichten herankommen und welche die so sehr nötige Aufklärungsarbeit verrichten kann. Nur dieser Umstand ist es auch, der bei Wahlen den Abhängigen zugute kommt. Gelingt es ihnen nicht, legt angesichts der für sie in Berlin besonders günstig liegenden Verhältnisse bei Wahlen zu siegen, später, wenn wir eine Berliner Tagespresse haben, dürfte ihnen das ganz unmöglich sein.

Im 14. Bezirk, der im Norden gelegen ist, hatten die Abhängigen in der Person des Kaufmanns Samoilwitz dem Genossen Dr. Weinberg einen Gegenkandidaten gegenübergestellt. Sie arbeiteten sehr eifrig und empfahlen den „einzigen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei“ aufs wärmste. Es gelang ihnen, 864 Stimmen auf ihren Kandidaten zu vereinigen, weil viele Wähler, die mit den Richtungen noch

nicht so Bescheld wußten, nicht recht klar über den richtigen Kandidaten waren. Mit einem gelegentlichen Flugblatt ist diese Wählerschicht über den wahren Charakter der Regierungssozialisten nicht aufzuklären. Dazu gehört tägliche Arbeit und eine Tageszeitung. Unser Kandidat ging trotzdem, wenn auch mit knapper Mehrheit, als Sieger aus der Wahl hervor; er erhielt 974 Stimmen, 6 Stimmen waren ungültig, so daß die absolute Mehrheit 978 betrug. Weinberg mußte amtlich als gewählt vom Wahlvorstand proklamiert werden. Wenn der „Vorwärts“ meint, über dieses Resultat brauchen wir nicht zu frohlocken, so antworten wir, daß Wahlergebnisse, ob sie nun gut oder schlecht ausfallen, von uns noch niemals als das A und O sozialistischer Denkwiese betrachtet worden sind, man mag ihren Wert anschlagen, wie man will. So wenig das Wahlergebnis der Reichstagswahl von 1907 und nichtmütig stimmen konnte, so wenig konnte das Resultat von 1912 uns übermäßig machen. Und Kommunalwahlen sind mit Reichstagswahlen noch lange nicht in Vergleich zu bringen.

Der 4. Bezirk liegt im Westen Berlins mit einer stark bürgerlichen Wählerschicht. Dort stand dem Genossen Harndt der Regierungssozialist Dittmer gegenüber. Da die Regierungssozialisten hoffähig geworden sind, mußte damit gerechnet werden, daß auch Bürger-



**Arbeiter! Arbeiterinnen!**  
**Gedenkt der Familien der**  
**Inhaftierten u. Verurteilten!**  
**Lasset die Frauen und Kinder nicht der**  
**Armenpflege anheimfallen!**  
**Bewahrt sie vor der äußersten Not!**



liche ihnen ihre Stimme zukommen lassen würden. Und so geschah es auch. Schulleute, Leutnants und andere wählten Herrn Dittmer. Das Ergebnis war, daß Dittmer mit 534 gegen Harndt gewählt wurde, der 209 Stimmen erhielt. Und weil unsere Genossen diese Dinge im voraus kannten, stürzten sie sich gar nicht erst in die Unkosten, einen Hausbesitzer „zu machen“. Der von unseren Genossen aufgestellte Kandidat übertrug der verlangten Hausbesitzerqualität.

Der „Vorwärts“ bekommt es in der ihm eigenen Weise fertig, die gesamten Wählerstimmen für sich zu buchen. Das ist eine Täuschung seiner Leser, wie sie überhaupt erst aus dem Wahlergebnisse zum ersten Male ersehen, daß außer den regierungssozialistischen Kandidaten auch noch andere vorhanden waren. Im übrigen weiß jeder mit den Verhältnissen Vertraute, daß im 4. Bezirk die Lage so ist, daß er nur geborgt ist und daß die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß er den bürgerlichen wieder zufällt, wenn diese wieder einen Kandidaten aufstellen. Daß sie es diesmal nicht getan haben, beruht auf einer Verständigung von vor zwei Jahren, wonach während des Krieges der Bestzustand gewahrt werden soll.

Alles in allem, liefern die Stadtverordnetenwahlen den Beweis, daß unsere Sache trotz aller Dezimierung unserer Kräfte gut verankert ist und daß es nur an uns liegt, für die nötige Begreifung zu sorgen. Eine Tagespresse wird das Fehlende nachzuholen haben. Aber auch unsere Genossen müssen unermüdetlich auf dem Posten sein.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Dienstagnummer eine Aufstellung, um nachzuweisen, daß Dittmer von Arbeiterwählern gewählt worden sei. Wir bestreiten nicht, daß Arbeiterwähler Dittmer ihre Stimme gegeben haben, aber die vom „Vorwärts“ gebrachte Aufstellung gibt ein schiefes Bild. In der Wählerschicht werden Leute als Arbeiter aufgeführt, die gar keine mehr sind, selbst ein Gewerkschaftsangehöriger und Kassierer steht als „Arbeiter“ in der Liste, desgleichen ein Eisenbahnbeamter. Dann aber haben, wie mit den Verhältnissen in diesem Wahlbezirk genau Vertraute wissen, eine ganze Reihe Wähler, die früher blau gewählt haben, diesmal Herrn Dittmer ihre Stimme gegeben. Fast durchgängig haben die Mitglieder der Armen-, Schul-, Waisen- und Steuerkommissionen, auch Mitglieder der Wahlvorstände für Dittmer gestimmt. Wir beneiden die Abhängigen nicht um diesen Scheinerfolg.

### Gemeindevahlen in Nowawes und Bohnsdorf.

**Nowawes.** Am heutigen Sonntag finden die Wahlen der 3. Klasse statt. Die Regierungssozialisten haben eine eigene Liste aufgestellt und werben um die Stimmen der Arbeiter. Parteigenossen, es darf niemand bei der Wahl fehlen. Findet Euch pünktlich um 10 1/2 Uhr in den verschiedenen Wahllokale ein! Arbeiter, zeigt, daß Ihr nicht willens seid, einem lensch Gefolgshaft zu leisten!

Vor den Wahllokalen werden unsere Stimmzetteln verteilt Euch die Liste unserer Kandidaten übergeben.

Parteigenossen! Wenn im Flugblatt der Regierungssozialisten als erstes die Einigkeit gepriesen wird, so geht über die Einigkeit doch der Sozialismus!

Und nun zur Wahl, keiner darf fehlen!  
Der Vorstand des Unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins für Nowawes.  
J. A.: Karl Dürrl.

**Bohnsdorf.** Sonntag, den 10. März, finden die Gemeindevorstandswahlen im Gasthof Schulze statt. Die 3. Klasse wählt von vormittags 1/11 bis 12 Uhr und die 2. Klasse von 12 bis 1 Uhr.

In der 3. Klasse ist aufgestellt Georg Dörner, Geschäftsführer der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“, und in der 2. Klasse Gustav Straube, Krankenkassenangestellter. Wir bitten die Parteigenossen, Arbeiter und Mitbürger, die wenigen Stunden zur Agitation für obengenannte Kandidaten auszunutzen, damit der Sieg an unsere Fahne geheftet werden kann.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Bohnsdorf.

### Aus der Zeit.

20 Stücken Kuchen! Aus der Stadt des Großen Hauptquartiers bringt die „Rötnische Volkszeitung“ am 21. Februar folgende Schilderung: „Seit Jahresfrist schmückten die Schülerinnen des Lyzeums Hindenburgs Zimmer mit frischen Blumen. Zum Dank für ihre liebevolle Aufmerksamkeit lud der Generalfeldmarschall 40 Mädchen, die aus den einzelnen Klassen ausgelost werden sollten, zu sich zum Nachmittagskaffee ein. Damit die Mädels sich möglichst natürlich gaben, hatte er den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, keine Lehrerin möge sie begleiten. Strahlend vor Freude erschienen die Mädchen am bestimmten Tage in Hindenburgs Wohnung, wo sie von seinem Adjutanten und Schwiegersohn empfangen wurden. In drei Abteilungen wurden sie festlich mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Offiziere sorgten für die Unterhaltung und von den älteren Mädels hatte jedes sogar seinen eigenen Tischherrn. Bei jeder Gruppe ließ Hindenburg sich eine Zeitlang nieder, um sich angeblich nach Absichten und Wünschen der Mädchen zu erkundigen. Als er sich nach einer halben Stunde zur Arbeit begab, begann der sibile Teil des Nachmittags. Unter Klavierspiel, Liedersang, Zigarettenrauchen und angeregter Unterhaltung mit den Offizieren verging den „höheren Töchtern“ die Zeit viel zu schnell. — Was das noch tagelang ein Getuschel und Stimmengewirr unter den Mädels! Alle sind sie entzückt. Und eine Kleine antwortet auf die Frage, wie es ihr gefallen habe, stets nur: „Es war einfach himmlisch, 20 Stücken Kuchen habe ich gegessen!“

Großer Lebensmittel-Standal im Landkreis Hanau. Hier ist man großen Schwierigkeiten auf die Spur gekommen. Einer der „heiligen Stützen“ des Kommunalverbandes, der Aufkäufer und Verteiler von Lebensmitteln an die Gemeinden im Landkreis Hanau, Kreisobstbauingenieur Walter aus Hanau, wurde verhaftet. Es handelt sich um Wehwehner und Schiebung von höheren Stills, an dem noch eine größere Anzahl Personen, auch ein bekannter Hanauer Grossist, beteiligt sein soll. Das Mehl wurde hier in einer Anzahl Gemeinden durch Walter zu 1,80 Mk. und 1,90 Mk. das Pfund als sogenanntes „Auslandsmehl“ an die Bevölkerung verkauft. Das Mehl soll aber seine Heimat im Landkreis Hanau haben. Auch im Blech- und Kohlenhandel stimmt es angeblich nicht. Jedenfalls sind sehr einflussreiche Herren sehr ängstlich geworden in diesen Tagen. Öffentlich wird bald restlos der Bevölkerung Aufschluß gegeben. Interessant ist noch folgendes, daß auch die Mühle in Bruchköbel bei Hanau polizeilich geschlossen wurde.

### Aus den Organisationen.

**Tempelhof.** Am Mittwoch, den 13. März, abends 8 Uhr, findet bei Reiner, Ordensmeisterstraße, ein gemeinsamer Zahlabend statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

**Röpenick.** Sonntag, den 17. März, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des Gen. Lehmann, Bahnhofstr. 44, Mitglieder-Familien-Zusammenkunft. Nach Erledigung schwebender Tages- und Vereinsfragen zwanglose Unterhaltung in ernster und heiterer Weise, wozu alle Mitglieder dringend um allseitigen Besuch auffordert.  
Der Vorstand.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.  
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.